

## **Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)**

gegründet 1897

### **Hauptstelle:**

Solinger Str. 51 - 59  
40764 Langenfeld

Telefon: (02173) 909-0  
Telefax: (02173) 909-409  
Internet: [www.sparkasse-langenfeld.de](http://www.sparkasse-langenfeld.de)  
e-mail: [info@sparkasse-langenfeld.de](mailto:info@sparkasse-langenfeld.de)

### **Finanzdienste:**

Solinger Str. 59

Telefon: (02173) 909-298

### **Zweigstellen:**

Hauptstr. 43  
Frankenplatz 5  
Hardt 81  
Bienenweg 2

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld/Rhld. ist als Anstalt des öffentlichen Rechts im Handelsregister A unter Nr. 16338 beim Amtsgericht Düsseldorf eingetragen. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin/Bonn angeschlossen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Langenfeld.



## **Inhalt**

### **Lagebericht**

<b>1</b>	<b>Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Wirtschaftsbericht</b>	
	2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
	2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
	2.3 Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung	9
	2.4 Darstellung und Analyse der Lage	12
	2.5 Personal- und Sozialbereich	16
<b>3</b>	<b>Nachtragsbericht</b>	<b>16</b>
<b>4</b>	<b>Chancen- und Risikobericht</b>	
	4.1 Beschreibung des Risikomanagements	17
	4.2 Wesentliche Risikokategorien	20
	4.3 Zusammenfassende Darstellung der Risikolage	32
<b>5</b>	<b>Prognosebericht</b>	<b>33</b>
	<b>Jahresabschluss - Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>35</b>
	<b>Anhang</b>	<b>39</b>
	<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	<b>56</b>
	<b>Bericht des Verwaltungsrates</b>	<b>57</b>



## 1 GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER STADT-SPARKASSE LANGENFELD

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist die Stadt Langenfeld.

Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. angeschlossen.

Wesentliche Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist neben den für alle Kreditinstitute geltenden Gesetzen und Verordnungen das Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Gemäß § 2 SpkG NW (Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag) hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen.

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld führt den traditionellen Gedanken der Sparkassen mit modernen Mitteln in die Zukunft. Ihre Geschäftspolitik ist als selbständige Sparkasse darauf ausgerichtet, die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit, regulatorischen Anforderungen sowie Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit zu halten. Die Sparkasse bietet als Allfinanzunternehmen ein breit gefächertes Angebot in den Bereichen Zahlungsverkehr, Finanzierungen und Geldanlagen an. Das Produktportfolio wird durch den Vertrieb von Verbundprodukten aus den Bereichen Investmentfonds, Bausparen, Sach- und Personenversicherungen sowie Leasing ergänzt, um den Kunden ganzheitliche Lösungen bereitstellen zu können. Neben dem Vertrieb in den Geschäftsstellen stehen unseren Kunden auch die in unserem Finanz Center untergebrachten Geschäftsbereiche Immobilien und Vermögensberatung sowie darüber hinaus der eigene Internetauftritt zur Verfügung. Die Nähe zu unseren Kunden definiert sich zum einen durch unser umfangreiches stationäres Vertriebsnetz, zum anderen durch die zunehmende Kontaktaufnahme und -pflege über alternative, teilweise mobile oder auch virtuelle Kanäle. Der Kern der Sparkassentätigkeit liegt mehr denn je in der qualifizierten Beratung und dem Verkauf sowohl einfacher als auch erklärungsbedürftiger Bankprodukte. Das Geschäftsmodell der Stadt-Sparkasse Langenfeld beinhaltet eine „Bürgerdividende“ in Form von Spenden- und Sponsoringmaßnahmen sowie die Dotierung einer selbständigen Sparkassenstiftung, die den Langenfelder Vereinen, Institutionen und Bürgern zugutekommt.

Der Träger der Sparkasse war bis zum 18. Juli 2005 rechtlich verpflichtet, für die Sparkasse und die bei ihr eingelegten Kundengelder finanziell einzustehen. Danach änderten sich per Gesetz die Haftungsgrundlagen der Sparkasse. Die Anstaltslast wird seitdem durch die Trägerbeziehung ersetzt, und die Gewährträgerhaftung läuft nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Dies hatte für die Sparkassen lediglich formale Auswirkungen. Die Sicherheit der Kundeneinlagen wurde durch die Änderung nicht berührt. Als Mitglied im Stützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf gehört die Sparkasse dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe an. Es besteht aus insgesamt 13 Sicherungseinrichtungen, die satzungsrechtlich zu einem Haftungsverbund zusammengeschlossen sind. Dieses System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass ein Institut alle Verbindlichkeiten vollständig erfüllen kann. Jedem Einleger können bei Fälligkeit seine Ansprüche, insbesondere aus Spar-, Termin- oder Sichteinlagen sowie verbrieften Forderungen, in voller Höhe erfüllt werden – ohne betragsmäßige Begrenzungen. Damit geht die Sparkassen-Finanzgruppe weit über die mit 100.000 Euro gesetzlich festgeschriebene Mindesthöhe für die Einlagensicherheit hinaus.

## **2 WIRTSCHAFTSBERICHT**

### **2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN**

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Jahr 2014 in solider Verfassung und behauptete sich in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Nach einem schwungvollen Jahresauftakt, der allerdings zum Teil auf den milden Winter zurückzuführen war, folgte eine Schwächephase im Sommerhalbjahr. Belastungsfaktoren, wie die unerwartet kraftlose Erholung im Euroraum sowie weltweit zunehmende geopolitische Krisen, unter anderem der Ukraine-Konflikt und der Krieg in Syrien, spielten eine wichtige Rolle. Trotz der bestehenden Unsicherheiten stabilisierte sich die konjunkturelle Lage in Deutschland im Schlussquartal schneller als vielfach erwartet. Für das gesamte Jahr 2014 ergab sich daraus ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,6 % (preis- und kalenderbereinigt). Das deutsche Wirtschaftswachstum lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (+ 1,2 %) und nahm im europäischen Vergleich einen der vorderen Plätze ein.

Wie bereits im Vorjahr wurde die konjunkturelle Entwicklung in 2014 vor allem von der starken Binnennachfrage getrieben. Die anhaltend gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation, eine geringe Inflationsrate, historisch niedrige Zinsen und insbesondere der Ölpreisverfall wirkten sich unterstützend und konsumfördernd aus. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im vierten Quartal 2014 mit über 43 Millionen einen neuen Spitzenwert. Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland 2,9 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet - gemeinsam mit dem Jahr 2012 der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 1991. Vor diesem Hintergrund stiegen die privaten Konsumausgaben in 2014 deutlich an (+ 1,2 %) und trugen mit + 0,7 %-Punkten wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

Auch die staatlichen Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr um 1,1 % ausgeweitet. Bereits im dritten Jahr in Folge konnte der Staatssektor einen Überschuss erzielen (18,0 Mrd. EUR). Als Folge der moderaten Ausgabenentwicklung und der mit der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt einhergehenden Steuermehreinnahmen konnte der Bund - erstmals seit 1969 - ein Haushaltsjahr ohne Neuverschuldung abschließen. Das Ziel der „schwarzen Null“ konnte damit schon ein Jahr früher als geplant erreicht werden.

Nachdem die deutschen Unternehmen ihre Investitionen zuvor zwei Jahre in Folge zurückgefahren hatten, legten sie in 2014 wieder zu. Im Inland investierten Unternehmen und Staat insgesamt 4,3 % mehr in Ausrüstungen als ein Jahr zuvor. Die Auswirkungen des außergewöhnlich milden Winters 2013/2014 zeigten sich bei den Bauinvestitionen, die ebenfalls ein kräftiges Plus von 3,6 % erzielten. Die Schwerpunkte lagen hier vor allem im Wohnungsbau und im öffentlichen Tiefbau.

Der deutsche Außenhandel gewann in 2014 wieder etwas an Dynamik. Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 3,9 % höher als im Vorjahr. Die Importe legten mit einem Plus von 3,4 % jedoch fast genauso stark zu, sodass der resultierende Außenbeitrag mit + 0,4 %-Punkten einen vergleichsweise geringen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts leistete.

Vor dem Hintergrund niedriger Inflationsraten und einer schleppenden und ungleichen wirtschaftlichen Erholung im Euro-Raum hat die Europäische Zentralbank im Laufe des vergangenen Jahres eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die bereits zuvor schon sehr expansive Geldpolitik weiter zu lockern. Als Teil der Maßnahmenpakete senkte der EZB-Rat den wichtigsten Leitzins, den Satz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, im Juni und September 2014 um jeweils 10 Basispunkte auf das neue historische Tief von zurzeit 0,05 %. Der Satz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde im gleichen Zeitraum von 0,75 % auf 0,30 % verringert. Der Zinssatz für Einlagefazilität, der bereits seit Juli 2012 bei 0,00 % lag, rutschte um jeweils 10 Basispunkte zu den genannten Terminen auf aktuell – 0,20 % und damit Mitte 2014 erstmals in den negativen Bereich. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat langfristige Refinanzierungsgeschäfte, die gezielt auf die Kreditvergabe der Banken an den privaten Sektor abstellen, sowie ergänzend zwei Programme für den Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere und gedeckter Schuldverschreibungen. Für die Jahre 2015 und 2016 wurde im Januar 2015 ein zusätzliches, deutlich umfangreicheres Ankaufprogramm beschlossen, mit dem Ziel, im europäischen Finanzsektor Spielräume für eine Ausweitung der Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher zu schaffen. Mittelfristig soll dies zu einem höheren Wirtschaftswachstum und einem stärkeren Preisaufrtrieb beitragen, um Inflationsraten von nahe 2 % zu erreichen.

## **2.2 BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN**

Zur nachhaltigen Stärkung des Vertrauens in die Stabilität des Bank- und Finanzsystems trat zum 1. Januar 2013 das Dritte Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Kraft. Demnach konnte das bereits seit Oktober 2008 bis 2010 und wieder ab dem 1. März 2012 zur Verfügung stehende und bewährte Instrumentarium des SoFFin (Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung) befristet bis zum Ende des Jahres 2014 genutzt werden. Diese Möglichkeit wurde nun mit Inkrafttreten des BRRD-Umsetzungsgesetzes (BRRD: Bank Recovery and Resolution Directive) zum 1. Januar 2015 um ein weiteres Jahr bis Ende 2015 verlängert. Die Gewährung von Stabilisierungsmaßnahmen aus dem SoFFin erfolgt durch die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), die auch für die Erhebung der Bankenabgabe zum Restrukturierungsfonds zuständig ist. Dieser wurde im Jahr 2011 zur Vermeidung bzw. Bewältigung von Banken Krisen errichtet. Im Jahr 2014 belief sich die von den deutschen Kreditinstituten erhobene Bankenabgabe auf rund 516 Mio. EUR. Die Einnahmen blieben damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant (rund 520 Mio. EUR). Insgesamt verfügt der Restrukturierungsfonds mittlerweile über 2,3 Mrd. EUR.

Als Folge des Inkrafttretens des Finanzstabilitätsgesetzes hat der Ausschuss für Finanzstabilität (AFS) zu Beginn des Jahres 2013 seine Tätigkeit als zentrales Gremium der makroprudenziellen Überwachung in Deutschland aufgenommen. Durch die Zusammenarbeit von Bundesbank, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Bundesministerium der Finanzen und Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) in dem Ausschuss wurde die auf die Stabilität des gesamten Finanzsystems abzielende Aufsicht gestärkt und enger mit der institutsspezifischen Kontrolle verzahnt. In seinem ersten Bericht über die Entwicklung der Finanzstabilität und seine bisherige Tätigkeit stellte der AFS im Juni 2014 fest, dass sich die Lage der Finanzstabilität in Deutschland entspannt habe, jedoch weiterhin eine Reihe von Risiken existierte. Allen voran wurden Forderungen gegenüber Schuldern aus von der europäischen Schuldenkrise betroffenen Ländern und gegenüber wirtschaftlich geschwächten Sektoren genannt sowie das anhaltende Niedrigzinsumfeld.

Anfang November 2014 nahm der einheitliche europäische Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism: SSM) unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) offiziell seine Arbeit auf. Der SSM löste die bislang rein national ausgerichtete Bankenaufsicht in den Euro-Ländern ab und führte insgesamt zu einer fundamentalen Änderung der Aufsichtspraxis. Die derzeit 123 bedeutendsten und größten Banken bzw. Bankengruppen des Euro-Raums stehen seither unter zentraler Aufsicht der EZB, unter enger Einbindung der nationalen Aufsichtsbehörden. Mittelgroße und kleine Institute unterliegen wie zuvor der direkten Aufsicht der nationalen Bankaufseher, die EZB kann jedoch im Einzelfall auch hier unmittelbar eingreifen. Mit dem SSM wurde die erste Säule des Gesamtprojekts Bankenunion Realität, das im nächsten Schritt ab dem Jahr 2016 einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute vorsieht.

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte nach wie vor einen erheblichen Belastungsfaktor für die Ertragslage der deutschen Banken dar. Trotz der verstärkt unter Druck geratenen Zinsmargen sowie der andauernden strukturellen Ertragsschwäche konnten die deutschen Banken ihre Eigenkapitalausstattung verstärken und damit ihre Risikotragfähigkeit verbessern. Seit dem 1. Januar 2014 gelten die Vorgaben der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation: CRR) und der Kapitaladäquanzrichtlinie IV (Capital Requirements Directive: CRD IV). Diese setzen das Basel III-Regelwerk in der EU um und beinhalten strikere Anrechnungs- und Bewertungsvorschriften, die sich in einer verringerten Kernkapitalausstattung sowie erhöhten risikogewichteten Aktiva widerspiegeln. Die neuen Eigenkapitalstandards für Banken treten bis 2021 schrittweise in Kraft.

Im Bereich des unbaren Zahlungsverkehrs stand das Jahr 2014 im Zeichen von SEPA (Single Euro Payments Area). Nachdem bereits das Jahr 2013 von umfangreichen Vorbereitungen geprägt war, verlängerte die EU-Kommission überraschend zu Beginn des Jahres 2014 die Übergangsfrist um ein halbes Jahr, um mögliche Risiken einer Störung des Zahlungsverkehrs zu verhindern. Die endgültige Umstellung zum 1. August 2014 verlief reibungslos. Seitdem werden auf Euro lautende Überweisungen und Lastschriften von Unternehmen, öffentlichen Kassen und Vereinen aller Euro-Länder grundsätzlich nur noch im einheitlichen SEPA-Format abgewickelt. Für Verbraucherinnen und Verbraucher gilt eine bis zum 1. Februar 2016 laufende Übergangsfrist. In diesem Zeitraum können Privatpersonen anstelle der neuen Kontonummer IBAN (International Bank Account Number) bei ihrer Bank noch die bisherige Kombination aus Kontonummer und Bankleitzahl nutzen. Mit der erfolgten Umstellung ist der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum Wirklichkeit. Grenzüberschreitende Zahlungen in Euro werden nun so günstig, schnell und sicher abgewickelt wie nationale Zahlungen. Dies bildet jedoch erst den Anfang auf dem Weg zum Binnenmarkt im Zahlungsverkehr, denn sowohl bei Kartenzahlungen als auch bei innovativen Zahlungsdiensten im Internet und mit dem Mobiltelefon gibt es noch keine gemeinsamen europäischen Standards.



## 2.3 GESCHÄFTSVERLAUF UND DARSTELLUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderungen in TEUR	Veränderungen in %
Bilanzsumme	1.337.593	1.360.593	- 23.000	- 1,69
Geschäftsvolumen	1.373.879	1.399.353	- 25.474	- 1,82
Jahresüberschuss nach Steuern	3.328	3.523	- 195	- 5,54

	2014 in TEUR	2013 in TEUR	Veränderungen in TEUR	Veränderungen in %
Kundenkreditvolumen (inkl. Treuhandkredite und Eventualverbindlichkeiten)	1.081.774	1.106.510	- 24.736	- 2,24
Wertpapierbestände	219.547	240.016	- 20.469	- 8,53
Beteiligungen	19.251	17.211	2.040	11,85
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	315.424	359.087	- 43.663	- 12,16
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	865.515	852.116	13.399	1,57
Verbriefte Verbindlichkeiten	849	1.407	- 558	- 39,66
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.020	13.627	- 607	- 4,45
Fonds für allgemeine Bankrisiken	46.726	43.080	3.646	8,46
Rücklagen	79.475	76.147	3.328	4,37

(Abweichungen bei den Veränderungen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

### **2.3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen**

Trotz des nach wie vor herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds blickt die Stadt-Sparkasse Langenfeld auf ein solides Geschäftsjahr zurück. Das Ziel der langfristigen Stärkung des Eigenkapitals konnte auch im abgelaufenen Jahr erfolgreich umgesetzt werden. Insgesamt betrachtet sind wir mit der Geschäftsentwicklung im Jahr 2014 zufrieden. Nach dem kontinuierlichen Anstieg der Bilanzsumme bis zum Jahr 2012 und dem deutlichen Rückgang des Vorjahres sank diese in 2014 weniger stark um 23.000 TEUR (- 1,69 %) auf 1.337.593 TEUR. Das Geschäftsvolumen – bestehend aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten – gab um 25.474 TEUR (- 1,82 %) auf 1.373.879 TEUR nach.

### **2.3.2 Kundenkreditgeschäft**

Das bilanzwirksame Kundenkreditvolumen ging nach der anhaltend kräftigen Ausweitung vor dem Jahr 2013 abgeschwächt um 24.736 TEUR (- 2,24 %) auf 1.081.774 TEUR zurück. Das Neuausleihungsvolumen konnte die Tilgungsrückflüsse in Höhe von 159.858 TEUR (+ 15.421 TEUR) nur teilweise auffangen.

Auch im Jahr 2014 bildete das gewerbliche Kreditgeschäft den Schwerpunkt unserer kreditwirtschaftlichen Aktivitäten. Unsere Position als Hauptfinanzierer des Langenfelder Mittelstandes konnten wir stabilisieren. Wie erwartet, blieb die Investitionsneigung in der lokalen Wirtschaft jedoch auch im abgelaufenen Jahr eher zurückhaltend.

Die private Finanzierung von Wohnimmobilien bildete einen weiteren Schwerpunkt unseres Kreditgeschäfts. Wegen seiner attraktiven Lage und der guten Verkehrsanbindung ist Langenfeld ein beliebter Wohnstandort mit aktiver Wohnungsbautätigkeit. Von dieser Situation haben wir im vergangenen Jahr mit einem erfreulichen Anstieg in dieser Sparte profitiert. Nicht zuletzt aufgrund der attraktiven Zinsen lag das Neuausleihungsvolumen im Bereich der privaten Baufinanzierung mit 36.957 TEUR 7,20 % höher als im Vorjahr. Trotzdem war bei den Darlehen gegen Grundpfandrechte ein Rückgang in Höhe von 23.210 TEUR (- 3,68 %) auf 608.011 TEUR zu verzeichnen.

### **2.3.3 Beteiligungen**

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz unserer Sparkasse erhöhte sich aufgrund einer Kapitalerhöhung und Neuberechnung der Anteile bei der Verbandsbeteiligung um 2.040 TEUR auf 19.251 TEUR.

### **2.3.4 Eigenanlagen**

Wie im Vorjahr ist die Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zurückgegangen, weil es weiterhin an attraktiven Anlagealternativen fehlte. Ihr Buchwert sank um 26.608 TEUR (- 14,78 %) auf 153.408 TEUR. Der Buchwert der Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere stieg um 6.139 TEUR (+ 10,23 %) auf 66.139 TEUR. Hauptgründe für den Anstieg waren der Erwerb eines Immobilienfonds sowie das positive Bewertungsergebnis bei einem Spezialfonds. Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist in zwei Anleihen von Schuldnern aus Irland mit einem Nominalvolumen von insgesamt 1.000 TEUR, in vier Anleihen von Schuldnern aus Spanien mit einem Nominalvolumen von insgesamt 4.400 TEUR und in drei Anleihen von Schuldnern aus Italien mit einem Nominalvolumen von insgesamt 4.150 TEUR engagiert. Alle Anleihen notierten per 31.12.2014 über pari.

### **2.3.5 Einlagengeschäft**

Die Kundeneinlagen (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) stiegen im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 879.384 TEUR (+ 1,41 %). Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase setzten sich die strukturellen Verschiebungen auf der Passivseite von Festzinsanlagen zu liquiden Anlagen fort.

Insgesamt betrachtet erhöhte sich die Summe der Spareinlagen um 5.205 TEUR (+ 1,57 %) auf 337.491 TEUR. Die Entwicklung der einzelnen Sparformen verlief nicht einheitlich.

Der Zuwachssparbestand sank um 6.588 TEUR (- 7,50 %) auf 81.215 TEUR, während die Normalspareinlagen (ohne besondere Laufzeitvereinbarung) um 9.825 TEUR (+ 6,93 %) auf 151.616 TEUR stiegen.

Nach dem Rückgang im Vorjahr stabilisierten sich die Festzinsspareinlagen (Anlagedauer sechs oder zwölf Monate) und gaben nur leicht um 104 TEUR (- 0,18 %) auf 56.493 TEUR nach.

Bei den Sparkassenbriefen (ohne Nachrang) setzte sich der Abwärtstrend der letzten Jahre fort. Ihr Bestand ging um weitere 29.754 TEUR (- 16,94 %) auf 145.924 TEUR zurück.

Der Bestand der täglich fälligen Einlagen betrug stichtagsbedingt 312.390 TEUR und war damit 36.232 TEUR (+ 13,12 %) höher als im Vorjahr. Die Termineinlagen stiegen leicht um 1.717 TEUR (+ 2,53 %) auf 69.711 TEUR.

Unseren Kunden haben wir im Jahr 2014 insgesamt 10.830 TEUR Zinsen vergütet.

### **2.3.6 Interbankengeschäft**

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 17.564 TEUR (+ 380,92 %) auf 22.175 TEUR. Diese Ausweitung beruhte in erster Linie auf Guthaben auf dem laufenden Landesbankkonto.

Aufgrund des geringeren Refinanzierungsbedarfs haben wir die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Vergleich zum Vorjahr erneut zurückgeführt, in 2014 um 43.663 TEUR (- 12,16 %) auf 315.424 TEUR.

### **2.3.7 Rating**

Die Ratingagentur Fitch Ratings hat unserem Haus als Mitglied des Haftungsverbundes der Sparkassen-Finanzgruppe erstmals im Jahr 2010 ein Floor-Rating in Höhe von A+ für langfristige Verbindlichkeiten sowie von F1+ für kurzfristige Verbindlichkeiten erteilt und dieses im Jahr 2014 erneut bestätigt.

Ebenso hat auch die Ratingagentur Dominion Bond Rating Service (DBRS) ihr im Jahr 2007 erteiltes Floor-Rating in Höhe von A (high) für langfristige Verbindlichkeiten bzw. R-1 (middle) für kurzfristige Verbindlichkeiten in 2014 erneuert.

## 2.4 DARSTELLUNG UND ANALYSE DER LAGE

## 2.4.1 Ertragslage

	2014		2013	
	in TEUR		in % der DBS	
Zinsüberschuss (GuV 1 – 3)	+26.315	+29.837	1,91	2,08
Provisionsüberschuss (GuV 5 – 6)	+8.547	+8.327	0,62	0,58
Sonstige betriebliche Erträge (GuV 8)	+515	+461	0,04	0,03
<b>Bruttoertrag (GuV 1 – 9)</b>	<b>+35.378</b>	<b>+38.624</b>	<b>2,56</b>	<b>2,70</b>
Personalaufwand (GuV 10a)	-12.612	-11.779	0,91	0,82
Andere Verwaltungsaufwendungen (GuV 10b)	-6.103	-5.543	0,44	0,39
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen (GuV 11)	-904	-1.045	0,07	0,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen (GuV 12)	-978	-1.088	0,07	0,08
<b>Betrieblicher Aufwand (GuV 10 – 12)</b>	<b>-20.597</b>	<b>-19.455</b>	<b>1,49</b>	<b>1,36</b>
<b>Betriebsergebnis vor Bewertung (GuV 1 – 12)</b>	<b>+14.781</b>	<b>+19.169</b>	<b>1,07</b>	<b>1,34</b>
Saldo aus Abschreibungen, Zuschreibungen und Wert- berichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere (GuV 13 – 14)	-4.063	-6.930	0,29	0,48
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens (GuV 15 – 16)	0	-1.053	0,00	0,07
Aufwendungen aus Verlustübernahme (GuV 17)	-22	-18	0,00	0,00
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (GuV 18)	-3.646	-3.636	0,26	0,25
Außerordentliches Ergebnis (GuV 22)	-96	-96	0,01	0,01
Steuern (GuV 23 – 24)	-3.625	-3.913	0,26	0,27
<b>Jahresüberschuss (GuV 25)</b>	<b>+3.328</b>	<b>+3.523</b>	<b>0,24</b>	<b>0,25</b>

(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)


Die Entwicklung der Ertragslage war im Geschäftsjahr 2014 zufriedenstellend. Das erwirtschaftete Betriebsergebnis vor Bewertung lag bei 14.781 TEUR und damit bei 1,07 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS).

Der Zinsüberschuss einschließlich der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen sank im Vergleich zu 2013 um 3.522 TEUR (- 11,80 %) auf 26.315 TEUR. Das Zinsgeschäft stellte nach wie vor die bedeutendste Ertragsquelle dar. Allerdings sank die Zinsspanne um 0,17 %-Punkte auf 1,91 % der Durchschnittsbilanzsumme.

Erwartungsgemäß konnte das Provisionsergebnis im letzten Jahr gesteigert werden und lag mit 8.547 TEUR um 220 TEUR über dem Wert des Vorjahres. Dies resultiert unter anderem aus der Anpassung der Preismodelle im Privatgiroverkehr zum 01.04.2014. Die Relation von Provisionsüberschuss zu Zinsüberschuss (GuV 1 und 2) betrug 35,73 % (Vorjahr: 30,47 %).

Der betriebliche Aufwand stieg um 1.142 TEUR auf 20.597 TEUR, wozu sowohl die höheren Personal- als auch Sachkosten beigetragen haben. Auch in 2014 ergab sich in einigen Bereichen unseres Hauses ein erhöhter Personalbedarf, der zum Teil durch die regulatorischen Anforderungen bedingt war und nur durch die Schaffung neuer Stellen gedeckt werden konnte. In Folge dessen nahmen die Personalaufwendungen in 2014 wie erwartet stärker zu als die tariflichen Gehaltssteigerungen. Bei den Sachkosten waren u. a. notwendige Instandhaltungsaufwendungen für das Hauptstellengebäude sowie deutlich höhere Umlageanforderungen durch den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband für den unerwartet hohen Anstieg verantwortlich.

Nach der Steigerung in 2013 konnte der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft im abgelaufenen Jahr stabilisiert werden. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft stieg nur leicht um 48 TEUR auf 7.786 TEUR. Durch Kursgewinne aus dem Abgang von Wertpapieren und Zuschreibungen bei den Eigenanlagen konnte ein positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in Höhe von 3.723 TEUR erzielt werden. Bei den Beteiligungen gab es in 2014 keinen Wertberichtigungsbedarf.

Die sogenannte Cost-Income-Ratio (CIR), das Verhältnis von Kosten zu Ertrag, betrug 57,03 % (Vorjahr: 48,93 %) und war damit auch in 2014 deutlich günstiger als der Durchschnittswert vergleichbarer Sparkassen und das in der -Finanzgruppe formulierte strategische Ziel einer CIR von 60 %.

Unter Einbeziehung der außerordentlichen Positionen ging das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit um 483 TEUR auf 6.953 TEUR zurück.

Der Steueraufwand belief sich auf 3.625 TEUR, nach 3.913 TEUR im Vorjahr.

Insgesamt ergab sich ein Jahresüberschuss von 3.328 TEUR (Vorjahr: 3.523 TEUR). Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 0,249 %.

### **2.4.2 Finanzlage**

Die Zahlungsfähigkeit der Stadt-Sparkasse Langenfeld war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Vorschriften der Bankenaufsicht über die Liquidität der Kreditinstitute wurden stets erfüllt. Die nach der Liquiditätsverordnung zum Jahresende errechnete Liquiditätskennzahl von 2,32 (Vorjahr: 1,95) lag erneut deutlich über der aufsichtsrechtlichen Untergrenze von 1,00. Ursache für die positive Entwicklung war einerseits der Anstieg der anrechenbaren Zahlungsmittel und andererseits der Rückgang der anrechenbaren Zahlungsverpflichtungen, sodass die positive Fristenkongruenz im ersten Laufzeitband von 154.897 TEUR in 2013 auf 187.608 TEUR im Berichtsjahr anstieg. Bei den im ersten Laufzeitband anrechenbaren Zahlungsmitteln war erneut ein starker Rückgang bei den Wertpapieren von 173.849 TEUR in 2013 auf 151.775 TEUR im Berichtsjahr zu beobachten. Demgegenüber stiegen die Forderungen an Kreditinstitute von 977 TEUR in 2013 auf 19.373 TEUR im Berichtsjahr und die Forderungen an Kunden von 74.762 TEUR in 2013 auf 90.899 TEUR im Berichtsjahr. Bei den im ersten Laufzeitband anrechenbaren Zahlungsverpflichtungen sanken insbesondere die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit gegenüber Kreditinstituten von 22.717 TEUR in 2013 auf 5.030 TEUR im Berichtsjahr. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben werden, deuteten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Helaba wurde dispositionsbedingt teilweise in Anspruch genommen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im Berichtsjahr nicht genutzt.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden bei der Deutschen Bundesbank Guthaben in der erforderlichen Höhe unterhalten.

### **2.4.3 Vermögenslage**

Durch die von Seiten des Vorstands vorgesehene Zuführung des Bilanzgewinns wird sich voraussichtlich das ausgewiesene Eigenkapital auf 79.475 TEUR erhöhen (+ 4,37 %). Über die Verwendung des Jahresüberschusses hat die Vertretung des Trägers noch nicht beschlossen. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weitere umfangreiche Eigenkapitalbestandteile. Die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zum Gesamtforderungsbetrag für Adressenrisiken, das operationelle Risiko und die Marktpreisrisiken überschritt per 31.12.2014 mit 13,60 % (Vorjahr: 12,75 %) den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,00 %. Die Eigenkapitalanforderungen der CRR i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV wurden jederzeit eingehalten.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat die Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital quantitativ sowie qualitativ deutlich erhöht. Hauptzielsetzung ist es, die Qualität und damit insbesondere die Dauerhaftigkeit und Verlustteilnahmefunktion des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zu stärken. Die neuen Regelungen sind ab dem 01.01.2014 in Kraft getreten.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld eine langfristige Kapitalplanung bis in das Jahr 2021 erstellt, welche die Annahmen zur Entwicklung der Risikoaktiva sowie der Aufwands- und Ertragskomponenten und die daraus resultierende Entwicklung des Eigenkapitals wiedergibt. Die erhöhten Eigenkapitalanforderungen wurden in diese Planung einbezogen.

Für die langfristige Kapitalplanung wurden zwei Szenarien entworfen, welche zum einen den geplanten (Basisszenario), zum anderen einen negativen Verlauf (Bad-Case-Szenario) der Geschäftsentwicklung darstellen. Die Ausgangsdaten der Planung sind bei beiden Szenarien jeweils die Prognose- bzw. Planwerte.

Im Basisszenario ist ab dem Jahr 2016 eine sinkende Zinsspanne geplant. Trotzdem ist eine weitere Stärkung des Kernkapitals vorgesehen. Bei leicht sinkender Bilanzsumme werden die einzelnen Aufwands- und Ertragskomponenten zum Planungshorizont moderat steigen. Bei der Bewertung der Kreditpositionen ist nach einem Rückgang in 2016 eine Entwicklung in Anlehnung an die Entwicklung der Bilanzsumme geplant. Die Bewertung der Wertpapierpositionen wird ab dem Geschäftsjahr 2016 neutral geplant, da sich bei einer dauernden Halteabsicht die Zu- und Abschreibungen über den gesamten Planungshorizont ausgleichen werden. Bei den Risikoaktiva wird ab dem folgenden Geschäftsjahr analog der Bilanzsumme mit einem leichten Rückgang über den Planungszeitraum gerechnet. Die erhöhten qualitativen Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital wurden u. a. über sukzessiv abschmelzende Ergänzungskapitalbestandteile abgebildet. Auch unter der Annahme, dass der ab 2016 geplante, sukzessiv aufzubauende Kapitalerhaltungspuffer in voller Höhe anzusetzen wäre, zeigen die Ergebnisse der Kapitalplanung, dass die geforderten Eigenkapitalanforderungen in diesem Szenario stets eingehalten werden.

Im Bad-Case-Szenario wird ab dem folgenden Geschäftsjahr mit einer stärkeren Steigerung der Aufwandskomponenten und einem deutlich höheren Bewertungsergebnis Kreditgeschäft als im Basisszenario geplant. Zudem wird mit einem negativen Wertpapierergebnis gerechnet. Gleichzeitig werden ein deutlicher Rückgang der Zinsspanne und eine Stagnation der weiteren Ertragspositionen bereits ab dem Jahr 2015 angenommen. Eine Zuführung zum Kernkapital ist unter diesen negativen Annahmen nur teilweise gegeben. Die erhöhten Anforderungen an das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital werden analog dem Basisszenario abgebildet, wobei eine kontinuierliche Steigerung der Eigenkapitalanforderungen angenommen wird. Zudem wird zu dem Kapitalerhaltungspuffer ab 2016 der Ansatz des ebenfalls aufzubauenden anti-zyklischen Puffers simuliert. Die Ergebnisse zeigen in diesem Szenario ab 2019 eine leichte Unterschreitung der maximalen Gesamtanforderungen an die Eigenmittel. Die zukünftigen bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen, welche ohne die genannten Kapitalpuffer weiterhin 8 % (ab 2015 bestehend aus 6 % Kernkapital und 2 % Ergänzungskapital) betragen, werden jedoch stets eingehalten.

Innerhalb der Bilanzstruktur hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr bis auf die Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute (1,66 % zu 0,34 % in 2013) und Wertpapierbestände (16,41 % zu 17,64 % in 2013) keine nennenswerte Veränderung auf der Aktivseite ergeben. Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 64,71 % (Vorjahr: 62,63 %) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Banken mit 23,58 % (Vorjahr: 26,39 %) die bedeutendsten Posten dar.

Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips.

Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen branchenspezifischen Risiken der Kreditwirtschaft besteht eine zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Weitere, für den Geschäftsverlauf ursächliche Ereignisse und Entwicklungen sowie Faktoren, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage hatten, bestanden im Berichtsjahr nicht.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Stadt-Sparkasse Langenfeld ist geordnet.

## **2.5 PERSONAL- UND SOZIALBEREICH**

Von den am Jahresende aktiv beschäftigten 233 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern waren

137 vollzeitbeschäftigt und  
79 teilzeitbeschäftigt sowie  
17 Auszubildende.

Wir übernahmen sieben Auszubildende, die ihre Ausbildung in 2014 mit Erfolg beendeten, in das Angestelltenverhältnis.

Für die hohe Arbeitszufriedenheit unseres Mitarbeiterteams spricht die niedrige Fluktuationsquote von 0,4 % im vergangenen Jahr (Vorjahr: 4,1 %). Mit regelmäßigen Orientierungs- und Entwicklungsgesprächen möchten wir diese auch langfristig sichern.

Neben dem Ausbau unserer mobilen und virtuellen Vertriebskanäle liegt der Fokus unseres Hauses nach wie vor auf der persönlichen und qualifizierten Beratung unserer Kunden. Dabei ist im Gesamthaus die Erfüllung der immer größer werdenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grund stellte auch im vergangenen Jahr die gezielte Förderung und Weiterbildung unserer Mitarbeiter einen Schwerpunkt der Personalarbeit dar.

Um flexiblere und damit ökonomischere Arbeitszeitregelungen zu verwirklichen, können unsere Mitarbeiter unterschiedliche Modelle – von variablen Arbeitszeiten über Teilzeit bis zur Altersteilzeit – nutzen.

## **3 NACHTRAGSBERICHT**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.



## **4 CHANCEN- UND RISIKOBERICHT**

### **4.1 BESCHREIBUNG DES RISIKOMANAGEMENTS**

#### **4.1.1 Strategien und Prozesse**

Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG. Es umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen und die notwendigen Kontrollprozesse.

Bei der Gestaltung des Risikomanagementsystems werden gesetzliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen beachtet. Maßgebliche Bestimmungen ergeben sich aus unseren Geschäfts- und Risikostrategien, wobei der Gesamtvorstand für die Umsetzung dieser Strategien verantwortlich ist.

Das in der Stadt-Sparkasse Langenfeld implementierte Risikomanagement ist der Größe und der Risikolage des Hauses entsprechend ausgestaltet.

Die Risikostrategie legt die strategischen Eckpfeiler der Sparkasse im Bereich des Risikomanagements fest. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung der Sparkasse, die Erläuterung des grundsätzlichen Umgangs mit verschiedenen Risikokategorien, die Festlegung der wesentlichen Risiken der Sparkasse, die Limitierung von Risiken sowie Festlegungen in Bezug auf die Risikotragfähigkeitskonzeption.

Die Strategien und Konzepte sowie die zugehörigen Anweisungen, die im Zusammenhang mit dem Risikomanagement- und -controllingprozess stehen, werden mindestens jährlich überprüft. Sie bilden die Grundlagen für die Tätigkeiten im Bereich des Risikocontrollings.

#### **4.1.2 Grundlagen der Risikosteuerung**

##### **Risikoverständnis**

Der Begriff „Risiko“ wird als Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. In jedem Fall ist damit eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance wird nicht als Risiko angesehen (enger Risikobegriff).

##### **Risikoneigung**

Neben dem für die Stadt-Sparkasse Langenfeld allgemein gültigen Vorrang der Rentabilität und des Vermögenszuwachses orientiert sich der Vorstand bei seinen strategischen Überlegungen an den Grundsätzen einer ertragsorientierten Wachstumspolitik. Auf der Seite der Risiken bilden die Grundsätze einer ertragsorientierten Risikopolitik die strategische Grundausrichtung der Stadt-Sparkasse Langenfeld.

Die ertragsorientierte Banksteuerung der Sparkasse zeigt sich darin, dass Risiken eingegangen werden, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig, im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnungen darstellbar und im Verhältnis zu den sich hieraus ergebenden Chancen vertretbar sind.

Damit verbunden ist die geschäftspolitische Zielsetzung, bei günstigem Chance-/Risikoprofil Risiken einzugehen und bei ungünstigerem Chance-/Risikoprofil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellem Schaden werden akzeptiert. Die Sparkasse betrachtet sich infolgedessen als risikoneutral.

Die von der Stadt-Sparkasse Langenfeld bisher eingegangenen und die zukünftigen Risiken ergeben sich aus dem Geschäftsmodell einer regional tätigen Sparkasse.

Das Risikomanagement hat das vorrangige Ziel, die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb transparent und dadurch steuerbar zu machen. Risiken können somit auf ein vertretbares Maß beschränkt werden, um die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation der Sparkasse nicht zu gefährden.

### **Risikotragfähigkeit**

Die Risikotragfähigkeit bildet die Grundlage für den Risikomanagementprozess der Sparkasse. Sie bezeichnet die Fähigkeit, die wesentlichen Risiken des Bankgeschäfts durch die vorhandenen finanziellen Mittel laufend zu decken. Für den Fall, dass Risiken schlagend werden, sollen die entstehenden Verluste durch das Risikodeckungspotenzial aufgefangen werden können.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse besteht aus einer periodischen und einer regulatorischen Sichtweise. Die wertorientierte Sichtweise, d. h. die Beurteilung der Risikotragfähigkeit anhand von Vermögensbarwerten und wertorientierten Risikogrößen, wird derzeit nicht genutzt.

In der steuerungsrelevanten periodischen Sichtweise werden dem Risikodeckungspotenzial, das aus dem handelsrechtlichen Eigenkapital einschließlich der stillen Vorsorgereserven und einer geplanten Ergebnisgröße ermittelt wird, die handelsrechtlich auszuweisenden Risiken (z. B. Zinsspannen- und Bewertungsrisiken) gegenübergestellt. Hierbei stehen die Komponenten der Betriebsergebnis- bzw. Erfolgsspannenrechnung und der Bilanz im Mittelpunkt. Zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse verwendet die Sparkasse eine rollierende Zwölfmonats-Betrachtung.

Die regulatorische Sichtweise ist durch die gesetzlichen Bestimmungen der CRR (Capital Requirements Regulation) i. V. m. den ergänzenden Vorschriften der SolvV (Solvabilitätsverordnung) zwingend vorgeschrieben. Hiernach darf die Gesamtkennziffer, also das Verhältnis von anrechenbaren Eigenmitteln und der Summe der Gesamtforderungsbeträge für Adressen-, Marktpreis- und operationelle Risiken, nicht unter 8 % liegen. Bei der Festlegung des Gesamtbanklimits orientiert sich die Sparkasse an einer Mindesteigenkapitalquote von 9,2 %.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Sparkasse ist auf den Fortführungsansatz (Going Concern) ausgerichtet. Im Gegensatz zum Liquidationsansatz soll beim Fortführungsansatz sichergestellt werden, dass das Fortbestehen des Unternehmens auch im Belastungsfall gesichert ist. Dies hat Auswirkungen auf einzubeziehende Größen beim Deckungspotenzial und die simulierten Risikoszenarien.

Ausgehend vom gesamten Risikodeckungspotenzial legt der Gesamtvorstand den Anteil am Risikodeckungspotenzial fest, der als Gesamtbanklimit für die Unterlegung von Risiken herangezogen werden kann. Für die als wesentlich definierten Risiken und verschiedene Ertrags- und Aufwandskomponenten werden Teillimite festgelegt. Das Risikocontrolling quantifiziert die Risiken, überwacht die Einhaltung der Limite und erstellt das zugehörige Reporting.

Mindestens einmal jährlich erfolgt die Überprüfung bzw. Anpassung des Risikotragfähigkeitskonzepts einschließlich der festgelegten Limite.

## **Organisation des Risikomanagements**

Der Risikomanagementprozess der Stadt-Sparkasse Langenfeld beinhaltet alle Aktivitäten des systematischen Umgangs mit Risiken. Dazu zählen die Risikoerkennung, die Risikomessung, die Risikobewertung, die Steuerung, das Risikoreporting sowie die Überwachung und Kontrolle der Risiken.

Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur wird ein Gesamtrisikoprofil der Sparkasse erstellt. Dazu erfolgt die Differenzierung in Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken sowie sonstige Risiken.

Für die Beurteilung der Wesentlichkeit orientiert sich die Sparkasse an folgenden Kriterien:

- Die Risikoart hat wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- oder Liquiditätssituation der Sparkasse.
- Hinsichtlich der Größenordnung legt die Sparkasse einen Betrag von ca. 1 Mio. EUR (Ertrags- und Vermögenssituation) zugrunde.
- Die Wesentlichkeit einer Risikoart ist aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben quasi vorgegeben.

Die mit den wesentlichen Risiken verbundenen Risikokonzentrationen werden im Risikoccontrollingprozess angemessen berücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt in der Analyse von Konzentrationen im Kundenkreditportfolio.

Im Rahmen der Risikomessung werden neben der Quantifizierung möglicher Risiken verschiedene Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstestszenarien werden im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit beurteilt.

Die Risikosteuerung obliegt dem Gesamtvorstand, während die Risikoüberwachung durch den Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling, unterstützt durch den Bereich Marktfolge Kredit, erfolgt. Hierbei wird die Funktionstrennung zwischen Markt und Marktfolge bzw. Handel, Abwicklung und Kontrolle bis zur Ebene des Vorstands gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse für wesentliche Risiken werden unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit mindestens einmal jährlich durch das Risikocontrolling überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Durch diesen kontinuierlichen Überprüfungsprozess stellt die Sparkasse die Funktionsfähigkeit der Steuerungs- und Überwachungsprozesse sicher.

Die Interne Revision prüft als neutrale Stelle risikoorientiert die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie alle Aktivitäten und Prozesse des internen Kontrollsystems. Sie berichtet dem Vorstand und den betroffenen Bereichen und bildet somit einen wichtigen Teil der internen Kontrollverfahren.

### **4.1.3 Reporting**

Eines der wichtigsten Reportinginstrumente ist der vierteljährliche Risikobericht aus dem Bereich Unternehmenssteuerung/Controlling. Dieser umfasst eine Darstellung und Bewertung der wesentlichen Risiken und der Ergebnisse der Stresstests sowie die Berichterstattung zur Risikotragfähigkeitsberechnung, aus der die Auslastung der jeweiligen Teillimite hervorgeht. Die Inhalte des Risikoberichts werden vom Vorstand mit dem Aufsichtsorgan erörtert.

Neben dem Risikobericht gibt es weitere Berichte, die entweder regelmäßig oder unter bestimmten Voraussetzungen (Ad-hoc-Reporting) im Rahmen des Risikomanagements erstellt und dem Vorstand vorgelegt werden. Hierbei handelt es sich in der Regel um bestimmte As-

pekte des Risikocontrollings zu einzelnen Risikoarten. Teil des Berichtswesens sind Steuerungsmaßnahmen, die das Controlling in Abhängigkeit von den Ergebnissen vorschlägt und die vom Vorstand beschlossen werden.

## 4.2 WESENTLICHE RISIKOKATEGORIEN

Für das Geschäftsjahr 2014 wurden vom Vorstand weiterhin Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken als wesentliche Risikokategorien festgelegt. Aus dem Bereich „Sonstige Risiken“ stellen die Reputations- und strategischen Risiken wesentliche Risiken dar.

### 4.2.1 Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass eine natürliche oder juristische Person oder eine Personenhandelsgesellschaft, gegenüber der das Institut einen bedingten oder unbedingten Anspruch hat, nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut gegenüber einer Person oder Personenhandelsgesellschaft aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist sowie das finanzielle Risiko des Instituts in Bezug auf Beteiligungen.

Nach der aktuellen Analyse beinhaltet das Adressenausfallrisiko für die Stadt-Sparkasse Langenfeld das höchste Verlustpotenzial. Für diese Risikokategorie hat die Sparkasse angemessene Risikosteuerungs- und -controllingprozesse eingerichtet, die in Arbeitsanweisungen geregelt sind.

Zu den Adressenausfallrisiken gehören im Einzelnen:

- Kreditausfallrisiken inkl. Schuldscheindarlehen,
- Adressenausfallrisiken aus Wertpapiereigenanlagen,
- Beteiligungsrisiken,
- Länderrisiken.

Das Kreditportfolio der Sparkasse hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2014 wie folgt entwickelt:

	31.12.14		31.12.13	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
<b>Kundenkredite</b>				
- Privatkunden	468,4	29,3	448,1	27,9
- Unternehmen / Selbständige	815,6	51,0	848,3	52,8
- öffentliche Haushalte	11,1	0,7	11,1	0,7
<b>Eigenanlagen</b>				
- Beteiligungen	19,3	1,2	17,2	1,1
- Schuldscheindarlehen	46,9	2,9	44,3	2,8
- Wertpapiere	216,6	13,5	237,4	14,8
Kredite an KI	21,8	1,4	1,3	0,1
<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.599,7</b>	<b>100,0</b>	<b>1.607,7</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internes Reporting  
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Der Schwerpunkt des Kreditportfolios der Stadt-Sparkasse Langenfeld liegt nach wie vor im Kundenkreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen. Die Eigenanlagen sind im Vergleich mit dem Verbandsdurchschnitt unterrepräsentiert. Das Adressenausfallrisiko der Eigenanlagen stellt eine untergeordnete Risikoposition dar.

#### **4.2.1.1 Adressenausfallrisiken im Kundenkreditportfolio**

Im Umgang mit diesen Risiken hat die Sparkasse folgende strategische Leitlinien festgelegt:

- Die Kreditvergabe erfolgt primär aus qualitativen Gesichtspunkten und soll der langfristigen Erhaltung bzw. Steigerung unserer Rentabilität dienen. Eine gezielte Ausweitung und damit verbundene Erhöhung der Bilanzsumme ist nicht geplant.
- Die Bonität der Kreditnehmer, die Sicherstellung der einzelnen Forderungen, die Ergebnisse der Kapitaldienstfähigkeitsberechnung sowie ein angemessener Eigenkapitaleinsatz stehen hierbei im Vordergrund und dienen der Risikoreduzierung.
- Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeiten im Kreditbereich liegen im gewerblichen und privaten Immobiliengeschäft sowie im mittelständischen Firmen- und Gewerbe-kundengeschäft.
- Die Sparkasse konzentriert sich als regional tätiges Institut auf das in der Satzung festgelegte Geschäftsgebiet.
- Kreditausfallrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung auf Gesamtbankebene limitiert.

Zur Begrenzung der Adressenausfallrisiken und zur kontinuierlichen Verbesserung der Bonitätsstruktur im Kundenkreditgeschäft hat die Stadt-Sparkasse Langenfeld ein Limitsystem für das Neugeschäft festgelegt, welches jährlich überprüft und ggf. angepasst wird.

Zur Identifikation von Adressenausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft nutzt die Stadt-Sparkasse Langenfeld die Rating- und Scoringsysteme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (SR).

Um Veränderungen innerhalb der Kreditnehmerbonität rechtzeitig erkennen und mögliche Gegenmaßnahmen einleiten zu können, nutzt die Sparkasse u. a. das Frühwarnsystem der Finanz Informatik GmbH u. Co. KG (FI).

Auf Basis von festgelegten Überleitungskriterien werden problembehaftete Engagements den Bereichen Intensivbetreuung bzw. Sanierung und Abwicklung zugeordnet.

Ausfallgefährdete Engagements werden vierteljährlich in einer EWB-Runde besprochen. Erforderliche Einzelwertberichtigungen werden unterjährig gebildet.

In ihren Arbeitsanweisungen zum Kreditgeschäft hat die Sparkasse alle weitergehenden operativen Grundsätze festgelegt. Für das Risikomanagementsystem sind hierbei insbesondere die Unterscheidung zwischen risikorelevantem und nicht risikorelevantem Kreditgeschäft, die Votierungs- und Kompetenzregelungen, die Bewertung von Sicherheiten sowie die Bearbeitungs- und Abwicklungsprozesse im Markt und in der Marktfolge von Bedeutung.

Die Sparkasse verfolgt zur Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft einen periodischen Ansatz.

Die Quantifizierung erfolgt über das Kreditportfoliomodell "VRE-Tool". Die Durchführung der Simulationen basiert auf dem nicht besicherten Kreditvolumen (Blankovolumen) sowie einer bonitätsabhängigen mittleren einjährigen Ausfallwahrscheinlichkeit je Kreditnehmereinheit. Die Risikokonzentrationen der Sparkasse liegen im Bereich der Adressenausfallrisiken des Kundenkreditgeschäfts bei Engagements mit einem Volumen über 5 Mio. EUR sowie in der Immobilienbranche. Diesbezüglich sind zusätzliche Steuerungs- und Controllingmaßnahmen definiert.

Um Steuerungsmaßnahmen frühzeitig einleiten und damit eine Einhaltung der strategischen Ziele erreichen zu können, hat die Sparkasse eine vierteljährliche Adressrisikorunde installiert, die sich mit der Entwicklung des Kundenkreditgeschäfts und den darin enthaltenen Risikokonzentrationen beschäftigt.

Nachfolgend werden die wesentlichen Aspekte des Kundenkreditportfolios und ihre Entwicklungen im Jahresverlauf dargestellt:

Rating	31.12.14		31.12.13	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
01 - 05	546,7	42,2	553,9	42,4
06 - 09	410,2	31,7	376,2	28,8
10 - 12	127,9	9,9	117,3	9,0
13 - 16	104,6	8,1	143,5	11,0
17 - 18	96,1	7,4	105,6	8,1
ungeratet	9,6	0,7	11,0	0,8
<b>Summe</b>	<b>1.295,1</b>	<b>100,0</b>	<b>1.307,5</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internes Reporting  
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

2014 kam es zu Verschiebungen in bessere Ratingnoten. Das Volumen in schlechteren Ratingklassen wurde abgebaut und die durchschnittliche Ratingnote im Neugeschäft lag unterhalb der durchschnittlichen Ratingnote im Gesamtportfolio. Hierdurch verbesserte sich die durchschnittliche Ratingnote des nicht wertberichtigten Forderungsvolumens gegenüber dem Vorjahr von 10,0 auf 9,4.

Branchen	31.12.14		31.12.13	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
Immobilienbranche	468,2	36,2	507,8	38,8
Dienstleistung	145,2	11,2	142,0	10,9
Handel	80,7	6,2	82,5	6,3
verarbeitendes Gewerbe	75,2	5,8	72,2	5,5
Landwirt., Energie, Wasser, Bergbau	22,0	1,7	22,2	1,7
Kredit- und Versicherungswesen	17,9	1,4	14,8	1,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	5,8	0,4	5,2	0,4
Sonstige	0,6	0,0	1,3	0,1
<b>Summe Branchen</b>	<b>815,6</b>	<b>63,0</b>	<b>848,0</b>	<b>64,9</b>
<b>Summe Kundenkredite</b>	<b>1.295,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.307,5</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internes Reporting  
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Der Branchenschwerpunkt des Kundenkreditportfolios liegt historisch bedingt im Immobilienbereich. Der prozentuale Anteil am Kundenkreditvolumen ging im Jahresverlauf kontinuierlich von 38,8 % auf 36,2 % zurück. Die strategische Zielgröße liegt bei 35 % mit tolerierten Schwankungsbreiten von +/- 3,5 %. Die strategische Zielgröße wurde in 2014 erreicht und soll dauerhaft eingehalten werden.

Größenklassen	31.12.14		31.12.13	
	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
≤ 25 TEUR	66,9	5,2	68,3	5,2
> 25 TEUR ≤ 50 TEUR	24,7	1,9	25,6	2,0
> 50 TEUR ≤ 250 TEUR	222,3	17,2	229,4	17,5
> 250 TEUR ≤ 500 TEUR	128,3	9,9	125,4	9,6
> 500 TEUR ≤ 4.999 TEUR	443,4	34,2	436,8	33,4
> 4.999 TEUR ≤ GKG	195,4	15,1	217,0	16,6
> GKG (Großkreditgrenze)	214,0	16,5	205,0	15,7
<b>Summe</b>	<b>1.295,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.307,5</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Internes Reporting  
(Abweichungen in den Summen basieren auf Rundungsdifferenzen.)

Die Konzentration im Bereich der Engagements ab 5 Mio. EUR konnte im Jahresverlauf aufgrund von in Vorjahren installierten Steuerungsmaßnahmen weiter abgebaut werden. Die Quote ging gemessen am Gesamtkreditvolumen von 32,3 % Ende 2013 zunächst auf 31,0 % zurück, stieg im vierten Quartal 2014 aufgrund temporärer Einzelfaktoren leicht an und lag per 31.12.2014 bei 31,6 %. Ausgehend von einer Quote von 33 % Ende 2013, liegt die strategische maximale Zielgröße bei 30 % des Gesamtkreditvolumens für Ende 2015.

Das Adressenausfallrisiko bleibt für die Stadt-Sparkasse Langenfeld weiterhin das Risiko mit dem größten Verlustpotenzial. Die Steuerung der vorhandenen Konzentrationen im Bereich der Engagements ab 5 Mio. EUR sowie der Immobilienbranche bilden auf Ebene der Portfoliosteuerung einen Schwerpunkt des Risikocontrolling- und -managementprozesses.

Während es im Vorjahr insbesondere aufgrund der Anhebung des Konfidenzniveaus von 95 % auf 99 % zu einem Anstieg sowohl des erwarteten als auch des unerwarteten Verlustes kam, lagen am Jahresende 2014 beide Positionen unter dem Niveau per 31.12.2013. Die unterjährigen Entwicklungen sind im Wesentlichen auf Veränderungen des Blankovolumens der Risikotreiber und die Verbesserung der durchschnittlichen Ratingnote zurückzuführen. Die Auslastung des entsprechenden Risikotragfähigkeitslimits liegt Ende 2014 mit 78,4 % um 5,9 %-Punkte unter dem Niveau des Vorjahresstichtags.

Die etablierten Steuerungsinstrumente sollen auch zukünftig dafür Sorge tragen, dass der quantifizierte Verlust des Kundenkreditportfolios weiter sinkt und die Auslastung des Risikotragfähigkeitslimits dauerhaft unter 80 % liegt.

Das Kundenkreditgeschäft stellt gleichzeitig einen wesentlichen Ertragsfaktor dar, der sich sowohl im Zinsüberschuss als auch in den Provisionserträgen zeigt. Die vorhandenen Konzentrationen beinhalten neben dem hohen Risikopotenzial auch außerordentliche Ertragschancen. So entfallen zum Jahresende nahezu unverändert 31 % des Zinsertrages auf die Kunden der Immobilienbranche. Hinzu kommt der Anteil am Provisionsertrag. In 2014 haben die vereinnahmten Gebühren für Kredite und Bürgschaften 26,5 % des gesamten Provisionsertrages ausgemacht.

#### **4.2.1.2 Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren**

Adressenausfallrisiken aus Eigenanlagen in Wertpapieren werden, sofern diese vorliegen, über externe Ratings oder aufgrund der internen Risikoeinschätzung der jeweiligen Kapitalanlagegesellschaften identifiziert.

Im Rahmen einer Partnerliste hat die Sparkasse in Abhängigkeit von dem Solvabilitätskoeffizienten und der Wertpapierkategorie gesamtbankbezogene Limite festgelegt. Das genehmigte Limit auf Einzelkreditnehmerbasis wird durch den jeweiligen Beschluss zum Kauf festgelegt.

Das Adressenausfallrisiko errechnet sich durch die Multiplikation der Ausfallwahrscheinlichkeit gemäß Ratingnote mit dem zugehörigen Nominalwert. Nicht berücksichtigt werden Aktien und Fondsanteile, bei denen das Adressenausfallrisiko implizit im Marktpreisrisiko enthalten ist. Die Ergebnisse sind Bestandteil des monatlichen Reportings zu den Eigenanlagen.

Im Risikotragfähigkeitskonzept wird das Risiko aufgrund seiner GuV-Zuordnung im Bewertungsrisiko Wertpapiergeschäft berücksichtigt. Die Entwicklung der Limitauslastung ist unter 4.2.2.2 beschrieben.

Bei den unter dem Punkt „Eigenanlagen“ erwähnten Wertpapieren von Emittenten mit Sitz in den wirtschaftsschwachen EU-Staaten Spanien, Irland und Italien handelt es sich um Staatspapiere oder gedeckte Banken- bzw. Unternehmensanleihen. Die Restlaufzeit der Papiere liegt bei maximal 10 Jahren. Der Anteil der Papiere an den gesamten Wertpapiereigenanlagen betrug per 31.12.2014 gemessen am Kurswert rund 4,7 % gegenüber 4 % im Vorjahr. Die Sparkasse hat das Ausfallrisiko der Papiere analog der übrigen Eigenanlagen anhand der externen Ratings und der dazugehörigen Ausfallwahrscheinlichkeit bewertet und im Emittentenrisiko berücksichtigt. Ein darüber hinausgehendes Ausfallrisiko sehen wir derzeit nicht.

#### **4.2.1.3 Adressenausfallrisiken aus Beteiligungen**

Beteiligungen der Sparkasse sind fast ausnahmslos Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen, die über den Rheinischen Sparkassen- und Giroverband oder andere Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe eingegangen werden. Daneben hält die Sparkasse kleinere Beteiligungen an Unternehmen zur Förderung der regionalen Wirtschaft. Eine deutliche Ausweitung des Beteiligungsbestandes ist nicht geplant. Entscheidungen über das Eingehen von Beteiligungen werden ausschließlich aus dem Verbund- bzw. Fördergedanken eingegangen.

Das Beteiligungsrisiko wird innerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung im Bereich des sonstigen Bewertungsrisikos berücksichtigt. Der Anteil des Teillimits am Gesamtkreditlimit liegt bei rund 1,2 %.

Während die Sparkasse aufgrund einer dauerhaften Wertminderung bei einer Beteiligung im Vorjahr eine Erhöhung der Wertberichtigung vornehmen musste, konnte in 2014 hiervon abgesehen werden. Trotz der aktuellen Wertentwicklung der Beteiligungen können künftig weitere Wertberichtigungen nicht ausgeschlossen werden.

#### **4.2.1.4 Länderrisiken**

Länderrisiken sind insgesamt aufgrund der regionalen Ausrichtung der Sparkasse von geringer Bedeutung und werden im Rahmen der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft (Emittentenrisiken) berücksichtigt.



#### 4.2.2 Marktpreisrisiken

Unter dem Marktpreisrisiko wird die Gefahr verstanden, dass sich Marktpreise von Sachgütern oder Finanztiteln auf Grund von Änderungen der Marktlage zu Ungunsten des Inhabers entwickeln.

Wesentliche Marktpreisrisikoarten sind:

- Zinsänderungs- / Zinsspannenrisiken,
- Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken und
- Sachwertrisiken.

Als nicht wesentliche Marktpreisrisikoarten hat die Sparkasse für sich das Währungsrisiko sowie das Options- und Rohwarenrisiko definiert.

##### 4.2.2.1 Zinsänderungs- / Zinsspannenrisiken

Das Zinsänderungsrisiko besteht in einer von der Planung negativ abweichenden Entwicklung des Zinsüberschusses und resultiert aus unterschiedlichen Volumina, Fälligkeiten und Zinsreagibilitäten aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen.

Zinsspannenrisiken werden im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeitsberechnung quantifiziert und limitiert. Die Sparkasse simuliert mehrere Risikofallszenarien, die die unterschiedlichen Ausprägungen des Zinsänderungsrisikos abbilden. Mindestens einmal jährlich findet eine Überprüfung und ggf. Anpassung der simulierten Zinsszenarien statt.

Bei der Festlegung des Szenarios, welches für die Limitauslastung in der Risikotragfähigkeitsberechnung maßgeblich ist, orientiert sich die Sparkasse an dem Szenario, welches das größte Risikopotenzial aufweist. Aktuell wird das Szenario einer Ad-hoc-Parallelverschiebung von -1 % herangezogen.

Die periodenorientierte Betrachtung wird um eine barwertige Betrachtung des Zinsänderungsrisikos ergänzt. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat aufsichtsrechtlich Simulationsparameter für den Basel II-Zinsschock von +200/-200 Basispunkte festgelegt. Sofern die negative Abweichung des Barwertes aufgrund dieser Simulation mehr als 20 % der Eigenmittel beträgt, gilt das Kreditinstitut als „Institut mit erhöhten Zinsänderungsrisiken“.

Sofern die monatliche Berechnung des Basel II-Zinsschocks für die Sparkasse eine negative Barwertveränderung von mehr als 17 % ergibt, werden durch das Risikocontrolling im Rahmen des Reportings an den Vorstand Gegensteuerungsmaßnahmen vorgeschlagen. Ab einer negativen Barwertveränderung von 20 % erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Vorstand und die interne Revision.

Zur Berechnung der Zinsänderungsrisiken setzt die Sparkasse die Anwendungen der integrierten Zinsbuchsteuerung der FI ein. Bei der Quantifizierung von Zinsspannenrisiken nutzt sie das EDV-Programm "GuV-Planer", welches auf die Planung von Neugeschäftsmargen ausgerichtet ist und variable Positionen anhand des Konzepts der gleitenden Durchschnitte berücksichtigt. Die für die variablen Positionen ermittelten Mischungsverhältnisse werden regelmäßig überprüft. Zur Barwertberechnung und Ermittlung des Value at Risk verwendet sie das Programm sDIS OSPlus.

Datenbasis für die zinstragenden Positionen des Kundengeschäfts bilden die Einzelkonten, die danach auf Bilanzpositionen zusammengefasst werden.

In der periodenorientierten Sichtweise deuten Zinssimulationen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wie bereits 2012 und 2013 für die Folgejahre auf Zinsänderungsrisiken bei weiter fallenden Zinsen hin. Das Zinsspannenrisiko lag 2014 durchgängig auf einem niedrigen Niveau.

Der Anteil des Teillimits für das Zinsspannenrisiko am Gesamtbankrisiko betrug 4,5 % per 31.12.2014. Die Auslastung des Limits lag zum Jahresende bei 30,5 %. Die Auslastung verringerte sich, in Folge des rückläufigen Risikos und der leichten Erhöhung des Teillimits, gegenüber dem Vorjahr um 24,7 %-Punkte.

In der barwertigen Betrachtung stellen in 2014 nach wie vor steigende Zinsen ein Risiko dar. Die Kennzahl des Basel II-Zinsschocks ist im Jahresverlauf gesunken und lag zum 31.12.2014 bei 5,09 %. Sie ist gegenüber dem Vergleichsstichtag des Vorjahres um rund 3,1 %-Punkte zurückgegangen.

Wir erwarten in 2015 in der periodischen und in der barwertigen Betrachtung keine grundlegende Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Mögliche Anpassungen in der Risikomessung können zu leicht höheren Ergebnissen führen. Das Limit für Zinsspannenrisiken wurde für 2015 in etwa auf Höhe des Vorjahresniveaus festgelegt.

Aufgrund des geringen Zinsänderungsrisikos hat die Sparkasse in 2014 weiterhin keine Absicherungsgeschäfte vorgenommen und sieht diese auch für 2015 nicht vor.

Chancen im Bereich des Zinsspannenergebnisses können sich durch Ausweitung der Margen im Kundengeschäft oder durch Optimierung des Fristentransformationsergebnisses ergeben. Beide Faktoren sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase stark limitiert. Die positiven Ergebnisse im Zinsüberschuss konnte die Sparkasse in der Vergangenheit stets durch den Konditionenbeitrag erwirtschaften. Der Strukturbeitrag ist keine steuerungsrelevante Größe und soll auch zukünftig nicht aktiv ausgeweitet werden.

#### **4.2.2.2 Kurswertrisiken inklusive Spreadrisiken**

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist als Nicht-Handelsbuchinstitut eingestuft und will diesen Status auch in den nächsten Jahren beibehalten. Die Ausrichtung der Eigenanlagen soll in den nächsten Jahren ertragsorientiert bleiben.

Für die Messung von Kurswertrisiken nutzte die Sparkasse bis 30.09.2014 das Programm WP-Bilanz der dwpbank. Dabei wurden neben der täglichen Mark to market-Bewertung verschiedene Risikoszenarien berücksichtigt. In 2014 nahm die Sparkasse an dem Serienrollout des Rechenzentrums zur Einführung von SimCorp Dimension (SCD) teil. Im Rahmen einer parallelen Nutzungsphase beider Systeme wurde schrittweise sowohl die Bestandsführung der Eigenanlagen als auch die Risikomessung auf SCD umgestellt. Als risikorelevante Größe wird weiterhin das Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft herangezogen. Für den Value at Risk wird ein Konfidenzniveau von 99 %, eine Haltedauer von 63 Tagen und ein Beobachtungszeitraum von 501 Tagen (WP-Bilanz 250 Tage) herangezogen.

In der Arbeitsanweisung zum Eigenhandelsgeschäft hat die Sparkasse Richtlinien festgelegt, die die strategischen Festlegungen konkretisieren und einzelne Bestandteile des Risikomanagement- und -controllingprozesses erläutern.

Neben dem vierteljährlichen Risikobericht wird der Vorstand monatlich im Rahmen eines Depot A-Berichts über die Geschäftsaktivitäten, die Auslastung der Limite, die Marktpreisrisikosituation und wesentliche Ratingveränderungen informiert. Zusätzlich erfolgt mindestens wöchentlich eine Information über die Entwicklung des GuV-Ergebnisses im Wertpapiergeschäft sowie über die aktuellen Bestände und Kurse.

Kurswertrisiken werden periodisch, d. h. als Risiko aus der Erhöhung des Abschreibungsbedarfs sowie einem Rückgang der Zuschreibungsreserven aus dem Wertpapierbereich, gesteuert.

Auf das Limit in der Risikotragfähigkeitsberechnung, das per 31.12.2014 rund 27 % des Gesamtbanklimits betrug, werden neben den Kursrisiken auch Emittenten- und Spreadrisiken angerechnet. Die Limitauslastung ist zum Jahresende auf 42,4 % gesunken, während sie in 2013 auf 79,8 % gestiegen war. Dies ist neben positiven Kursentwicklungen und deutlich weniger Schwankungen in den investierten Märkten (Spreadrisiko) auch auf die Systemumstellung von WP-Bilanz auf SCD und die damit verbundene Änderung der Berechnungsmethodik zurückzuführen.

Nach einer Ausweitung im Berichtsjahr wird das Limit für 2015 beibehalten. Käufe, die aufgrund anstehender aufsichtsrechtlicher Anforderungen notwendig sein werden sowie mögliche Volatilitäten an den Märkten, können zu einem Anstieg der zuletzt gemessenen Risikowerte führen.

Chancen ergeben sich für die Sparkasse aus der Realisierung von Kurswertreserven sowie GuV-relevantem Zuschreibungspotenzial. Gleichzeitig stellen die Zinsen und Ertragsausschüttungen einen wesentlichen Anteil am Zinsüberschuss der Sparkasse dar. Durch Diversifikation, insbesondere in den Spezialfonds, können Risiken begrenzt werden.

#### **4.2.2.3 Sachwertrisiken**

Aufgrund der vorhandenen Konzentrationen in der Immobilienbranche und der hohen Bedeutung der grundpfandrechtlichen Sicherheiten im Portfolio ist das Sachwertrisiko als wesentliche Risikokategorie festgelegt.

Da der Wertrückgang von Sicherheiten im Bewertungsergebnis Kreditgeschäft abgebildet wird, erfolgt keine separate Limitierung in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung.

Die internen Prozesse zur Bewertung und Beurteilung von Immobiliensicherheiten sollen das Sachwertrisiko begrenzen. Aus den strategischen Zielen zum Abbau der Konzentrationen im Kundenkreditportfolio ist tendenziell mit einem Abbau des Sachwertrisikos zu rechnen.

Wertzuwächse von Sicherheiten führen im Gegensatz dazu zu einer Entlastung und somit zu einer Reduzierung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft.

### 4.2.3 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken ergeben sich aus mangelnden Synchronitäten zwischen Mittelzu- und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation, aber auch durch nicht eingeplante Zahlungsverpflichtungen sowie die Unsicherheit über Kundendispositionen begründet sind.

Liquiditätsrisiken können in Form von Zahlungsunfähigkeits-, Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiken auftreten.

Im Rahmen der Risikoinventur hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko sowie in 2014 erstmals das Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiko als wesentliche Risikokategorien definiert und hierfür einen geeigneten Risikomanagement- und -controllingprozess eingerichtet.

#### 4.2.3.1 Zahlungsunfähigkeitsrisiko

Die Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein. Ein Liquiditätsengpass liegt für die Sparkasse vor, wenn sie aufgrund externer oder interner Ereignisse kurzfristig (innerhalb eines Monats) nicht mehr in der Lage ist, ihren Liquiditätsbedarf zu decken. Um die Gefahr eines Liquiditätsengpasses frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen rechtzeitig einleiten zu können, hat die Sparkasse folgende Schwellenwerte festgesetzt:

Gesamtkennziffer gem. LiqV	> 1,50	grün
Gesamtkennziffer gem. LiqV	1,50 bis 1,20	gelb
Gesamtkennziffer gem. LiqV	< 1,20	rot

Auf Basis der Daten der monatlichen Liquiditätsmeldung werden diverse Risikofall- und Stresstestszenarien durchgeführt. Diese werden mindestens einmal jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst.

Die Sparkasse verschafft sich regelmäßig einen Überblick über die ihr zur Verfügung stehenden Mittel und Quellen zur Liquiditätsbeschaffung und ermittelt den ihr zur Verfügung stehenden Liquiditätsüberhang.

Der Vorstand wird monatlich über die Liquiditätssituation der Sparkasse informiert.

#### 4.2.3.2 Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiko

Die Sparkasse hat in 2014 den Risikocontrolling- und -managementprozess im Bereich Liquidität um die Ausprägungen zum Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiko erweitert.

Im Risiko- bzw. Stressfall werden zur Risikoermittlung die Auswirkungen einer Veränderung der individuellen Liquiditätsspreads auf Basis des seit Dezember 2012 bzw. während der Finanzmarktkrise 2008/2009 aufgetretenen Höchstwerts in der jeweiligen Jahresstützstelle mittels GuV-Planer simuliert.

Aufgrund der neuen aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen (Liquidity Coverage Ratio: LCR, Net Stable Funding Ratio: NSFR) wird im Laufe des Jahres 2015 ein Controllingprozess für die LCR integriert werden. Hierzu wurden Ende 2014 erste Schritte eingeleitet.

Aufgrund der sich noch stetig verändernden Vorgaben und der noch nicht abgeschlossenen Umsetzung in den Systemen der Finanz Informatik (FI) wird die Sparkasse den Risikocontrolling- und -managementprozess in diesem Bereich sukzessive ausbauen und kontinuierlich an geänderte Rahmenbedingungen anpassen.

Wie im Vorjahr lag die Liquiditätskennzahl auch 2014 mit steigender Tendenz über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Per 31.12.2014 lag die Kennzahl bei 2,32 und ist gegenüber dem Vorjahresendwert um weitere 0,37 gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war jederzeit in vollem Umfang gegeben. Für 2015 erwarten wir keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Liquiditätssituation.

In der Risikotragfähigkeitsbetrachtung wurde erstmals für 2015 ein Limit für das Liquiditätsrisiko festgelegt. Der Anteil des Limits am Gesamtlimit beträgt 1,5 %. Da die Simulation steigender Spreads im Rahmen des Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisikos auf den Zinsüberschuss wie ein steigendes Zinsszenario wirkt und die Sparkasse in der periodischen Zinsänderungsrisikomessung aufgrund des geringen Zinsniveaus bei sinkenden Zinsszenarien ein Risiko ausweist, beträgt die Limitauslastung 0 % per 31.12.2014.

In der Zahlungsunfähigkeitssicht lassen sich aus den Liquiditätsrisiken keine Chancen ableiten. Chancen im Bereich des Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisikos können durch rückläufige Spreads in der individuellen Einstandskurve entstehen.

#### **4.2.4 Operationelle Risiken**

Unter dem operationellen Risiko wird die Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der (internen) Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Operationelle Risiken werden aufgrund ihrer Bedeutung für die Sparkasse und der aufsichtsrechtlichen Anforderung als wesentliche Risikoart eingestuft.

Der Risikocontrollingprozess ist anweisungstechnisch geregelt und umfasst im Wesentlichen folgende Aspekte:

- Eintretene Schadensfälle, die auf operationelle Risiken zurückzuführen sind und deren kontowirksamer Aufwand größer als 1 TEUR ist, sind dem Risikocontrolling zu melden und werden zentral in einer Schadensfalldatenbank erfasst.
- Als Schwellenwert für bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk wurde ein Betrag von 50 TEUR festgelegt.
- Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch einen regelmäßig durchzuführenden „Expertenworkshop“, in dem ausgewählte Mitarbeiter/-innen der Sparkasse Szenarien operationeller Risiken im Hinblick auf ihr jährliches Verlustpotenzial überprüfen und anpassen.
- Die Sparkasse nimmt an dem jährlichen DSGVO-Datenpooling für operationelle Schadensfälle und Szenarien teil.

Operationelle Risiken sollen weitestgehend begrenzt werden. Hierzu hat die Sparkasse diverse Maßnahmen umgesetzt, z. B. den Abschluss von Versicherungen, um Verluste im Schadensfall möglichst gering zu halten sowie regelmäßige Sensibilisierungen der Mitarbeiter, damit Schadensfälle bereits im Vorfeld vermieden werden können.

Durch Mitarbeiter bedingte Risiken, wie z. B. Bearbeitungsfehler oder unautorisierte Handlungen, werden durch die Regelung der Arbeitsprozesse in Form von Arbeitsanweisungen und interne Kontrollen verringert. Weiterhin werden die Kompetenzen der Mitarbeiter durch die Führungskräfte der Sparkasse regelmäßig überprüft. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt.

Im Bereich der internen Verfahren werden zur Begrenzung rechtlicher Risiken grundsätzlich nur standardisierte Vertragsmuster verwendet. Selbstformulierte Verträge unterliegen einer Überprüfungspflicht durch die Rechtsabteilung. Rechtsrisiken sind in den vergangenen Jahren vermehrt durch geänderte Gesetzgebungen und Rechtsprechungen im Bereich der Kapitalanlagen entstanden.

Für die ggf. aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen entstehenden Rechtsrisiken hat die Sparkasse keine Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung gesehen, weil das Risiko einer Inanspruchnahme derzeit als gering eingeschätzt wird. Bisher wurden auch keine nennenswerten Ansprüche von unseren Kunden gestellt, die zudem abgelehnt wurden.

Im Bereich der Infrastruktur liegt der Schwerpunkt auf einer angemessenen Steuerung der IT-Risiken. Das Risiko eines Ausfalls bzw. einer Fehlfunktion der EDV wird durch weitgehende Verwendung der Standardsoftware unseres Rechenzentrums und den Abschluss von Wartungs- und Serviceverträgen gemindert.

Um im Notfall zumindest die Weiterführung der unternehmensrelevanten Prozesse zu gewährleisten, besteht ein Notfallhandbuch.

Für Notfall- und Katastrophensituationen bestehen Alarm- und Räumungspläne.

Drohende Schäden aufgrund externer Einflüsse sind, soweit möglich und erforderlich, versichert.

Die Angemessenheit des Versicherungsumfangs wird jährlich überprüft.

Der Vorstand erhält einmal jährlich einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der operationellen Risiken, aus dem ein Überblick über die entstandenen Schadensfälle und Risikoszenarien hervorgeht. Vom Expertenworkshop oder Risikocontrolling vorgeschlagene Maßnahmen werden durch den Vorstand beschlossen. Der Bericht zu den operationellen Risiken ist Bestandteil des Gesamtrisikoberichts.

Die Anzahl der wesentlichen operationellen Schadensfälle konnte von zwei im Jahr 2013 auf einen im Jahr 2014 reduziert werden. Das Bruttoschadensvolumen lag unter dem Vorjahresvolumen.

Im Rahmen der Eigenkapitalanforderungen verwendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz.

Die operationellen Risiken werden in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung geschätzt und limitiert. Der unerwartete Verlust entspricht 1 % des durchschnittlichen Bruttoertrages der letzten 3 Jahre. Aufgrund des Pauschalansatzes entspricht die Limitauslastung in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung stets 100 %. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich keine nennenswerte Veränderung.

Wir erwarten auch künftig keine grundlegende Änderung unserer aktuellen Situation im Bereich der operationellen Risiken und schätzen das Risiko auch für 2015 mit 1,2 % des Gesamtkapitallimits nach wie vor gering ein.

Chancen sind aus den operationellen Risiken nicht abzuleiten.

#### 4.2.5 Sonstige Risiken

Alle Risiken, die sich nicht bzw. nicht eindeutig den Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie den operationellen Risiken zuordnen lassen, stellen sogenannte „Sonstige Risiken“ dar.

Sie finden ihre Ausprägung in strategischen Risiken, dem Reputations- sowie dem Absatz- und Modellrisiko.

Die Risikoinventur ergab, dass die Risikokategorien Reputations- und strategische Risiken für die Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Vermeidung bzw. Reduzierung des Reputationsrisikos hat die Sparkasse verschiedene Maßnahmen festgelegt. Hierzu gehören u. a.:

- Einrichtung eines wirksamen Kontrollsystems,
- Festlegung von Auskunftspersonen bei Anfragen Dritter,
- Festlegung einer Social Media Richtlinie,
- Einrichtung eines Beschwerdemanagements.

Für das Management von Reputationsrisiken hat die Sparkasse einen Steuerungsprozess implementiert.

Aufgrund der überragenden Bedeutung von Managemententscheidungen für den Erfolg eines Institutes wurde auch das strategische Risiko als wesentliche Kategorie eingestuft. Die Sparkasse hat bereits viele Prozesse implementiert, die das strategische Risiko minimieren sollen. Beispielhaft seien hier die erweiterten Vorstands- sowie Leitungsrunden, die Führungskräfte-tagung, die Einbindung verschiedener Mitarbeiter in den Strategieprozess, der Bilanzstrukturzirkel sowie die gelebte Unternehmensphilosophie, Führungskräfte in Managemententscheidungen einzubeziehen, genannt.

Eine sinnvolle Unterlegung mit Risikodeckungspotenzial im Zuge der Risikotragfähigkeitsberechnung ist sowohl für das Reputations- als auch für das strategische Risiko aus mangelnder Quantifizierbarkeit nicht möglich.

Daneben besteht für die Sparkasse das Risiko, dass sie während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) entsprechend ihres Anteils am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird.

Als Anteilseigner der ehemaligen Westdeutschen Landesbank AG ist der RSGV aufgrund der in 2009 geschlossenen Verträge zur EAA verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV.

Seit 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 3,9 Mio. EUR durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 0,6 Mio. EUR.

Für dieses Risiko wird die Sparkasse in einem Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans spätestens nach Ablauf von 10 Jahren zu überprüfen.

### 4.3 ZUSAMMENFASSENDER DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Das Gesamtrisikoprofil der Stadt-Sparkasse Langenfeld hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert.

Das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditportfolio bildet, insbesondere aufgrund der vorhandenen Konzentrationen, die Risikoart mit dem höchsten Verlustpotenzial. Der Rückgang des Blankovolumens der Risikotreiber sowie die Verbesserung der durchschnittlichen Ratingnote führten zu geringeren Risikowerten als im Vorjahr. Vorhandene Branchen- bzw. Größenklassenkonzentrationen wurden reduziert.

Eine erneute Abschreibung auf eine der Verbund- bzw. Funktionsbeteiligungen musste im Berichtsjahr nicht vorgenommen werden.

Die Kurswertrisiken sind durch positive Entwicklungen an den Märkten sowie Änderungen in der Risikomessung gesunken. Dies gilt insbesondere für die Spreadrisiken.

Das Zinsänderungsrisiko ist sowohl in der periodischen als auch in der barwertigen Sichtweise nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

Das Liquiditätsrisiko fällt weiterhin gering aus. Die Liquiditätskennzahl ist weiter gestiegen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war, wie in der Vergangenheit, zu jedem Zeitpunkt gegeben. Das Refinanzierungs- und Marktliquiditätsrisiko wird von der Sparkasse erstmals als wesentlich eingestuft. Derzeit ergibt sich hieraus keine zusätzliche Belastung für die Risikotragfähigkeit.

Im Bereich der operationellen Risiken werden geänderte Rahmenbedingungen, z. B. die zunehmende Bedeutung von elektronischen Bankgeschäften sowie Änderungen in der Gesetzgebung und Rechtsprechung, vermutlich weiterhin dazu führen, dass potenzielle Schäden in ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit steigen. In 2014 ist ein wesentlicher Schadensfall aufgetreten. Das Volumen der Bruttoschäden ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Es liegt damit weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Das Gesamtbanklimit sowie die Teillimite wurden im Jahr 2014 stets eingehalten. Die Auslastung des Gesamtlimits lag zum Jahresende bei 65,7 % und somit 16,4 %-Punkte unter dem Vorjahreswert von 82,1 %.

Das Konzept der Risikotragfähigkeit, das Ermittlungsschema für das Risikodeckungspotenzial sowie die Leitplanken zur Festlegung des Gesamtbanklimits und der Teillimite erwiesen sich als funktionsfähig. Die Ergebnisse der Risikotragfähigkeitsberechnungen liefern die notwendigen Impulse, um das Risiko auf Gesamtbankebene steuern zu können.

Durch die regelmäßigen Stresstestszenarien wird die Betrachtung im Risikofall um eine Worst Case Betrachtung sinnvoll ergänzt.

Insgesamt sind die Risikomanagement- und -controllingprozesse der Stadt-Sparkasse Langenfeld angemessen. Die Verfahren der Risikoidentifikation, -messung, -steuerung und -überwachung sind für die einzelnen Risikokategorien definiert und werden fortlaufend überprüft bzw. weiterentwickelt.

Bekanntes Risiken sind ausreichend abgeschirmt und tragbar. Wir erwarten für 2015 keine wesentlichen Veränderungen.



## **5 PROGNOSEBERICHT**

Die Prognosen zur Entwicklung der Sparkasse im Jahr 2015 stellen Einschätzungen dar, die die Sparkasse auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen hat. Durch die Veränderungen der zu Grunde liegenden Annahmen können sich die Prognosen als unzutreffend erweisen und die tatsächlichen Ergebnisse können insoweit von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Durch die nach wie vor herrschende finanzwirtschaftliche Sondersituation mit weiterhin volatilen Märkten wird die Abgabe einer fundierten Prognose immer noch erschwert.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute wird weiterhin durch den intensiven Wettbewerb, immer anspruchsvollere Kunden, die mit steigendem Tempo fortschreitende technologische Entwicklung und die permanent wachsenden regulatorischen Anforderungen geprägt. Wir gehen davon aus, dass sich unsere Zinsmarge 2015 auf dem inzwischen erreichten ermäßigten Niveau stabilisiert.

Ab dem Jahr 2015 gilt der neue gesetzliche Mindeststandard für die Liquiditätsanforderungen aus dem Basel III-Regelwerk. Die nach der aufsichtsrechtlichen Beobachtungsphase im Jahr 2014 nun zwingend einzuhaltenden Liquiditätsanforderungen erfordern voraussichtlich keine Einleitung von Steuerungsmaßnahmen.

Nach dem Rückgang der Bilanzsumme in den Geschäftsjahren 2013 und 2014 steht auch das Jahr 2015 für die Stadt-Sparkasse Langenfeld im Zeichen der Konsolidierung auf hohem Niveau. Bei erneut leicht zurückgehenden Beständen im Aktiv- und Passivbereich stehen wieder die Begrenzung der Risiken und die Kostenkontrolle im Vordergrund.

Im Firmen- und Gewerbekundenkreditgeschäft konzentrieren wir uns auf den Ausbau der bestehenden Kundenbeziehungen und die Akquisition neuer Geschäftsverbindungen. Wir gehen nicht davon aus, dass die Investitionsneigung in der lokalen Wirtschaft im Jahr 2015 deutlich zunehmen wird, sodass wir auch nicht von einer nachhaltigen Ausweitung unserer Ausleihungen an Unternehmenskunden ausgehen. Wachstumsimpulse versprechen wir uns auch 2015 primär vom privaten Baufinanzierungsgeschäft, in dem wir uns weiterhin mit besonders attraktiven Zinssätzen dem intensiven Konditionenwettbewerb stellen werden.

Die von uns im Vorjahr gesehenen Risiken für die Bewertungsergebnisse Kreditgeschäft und Wertpapiergeschäft im Falle eines erheblich steigenden Zinsniveaus bestehen fort. Bei einem unverändert niedrigen Zinsniveau sehen wir hier gegenüber unserer Planung erneut moderate Chancen.

Die Einlagenseite wird angesichts des nachhaltig niedrigen Zinsniveaus nach wie vor von einer hohen Liquiditätsneigung der Kunden geprägt sein. Deshalb erwarten wir, dass die Tendenz zu kürzerfristigen Anlagen auch 2015 weiter anhalten wird.

Aufgrund unseres starken Vertriebes, unserer umfassenden Dienstleistungen und Produkte sowie unserer guten Beratungsqualität gehen wir davon aus, dass wir den Ergebnisbeitrag aus dem Provisionsgeschäft 2015 stabilisieren können, ohne besondere preispolitische Maßnahmen zu ergreifen.

Bei den Personalaufwendungen erwarten wir auch 2015 einen Anstieg, der über dem Niveau des letzten Tarifabschlusses liegen wird, weil die regulatorischen Anforderungen noch weitere Personalaufstockungen unumgänglich machen. Die Sachaufwendungen bleiben wie bisher von den Kosten für ausgelagerte Dienstleistungen geprägt. Da wir keine weitere wesentliche Auslagerungsmaßnahme für das Jahr 2015 planen, gehen wir nicht von einer signifikanten Kostensteigerung in diesem Bereich aus.

Mit einer Zinserhöhung durch die EZB rechnen wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2015. Bei gleichbleibendem oder sogar weiter sinkendem Zinsniveau liegt der wesentliche Belastungsfaktor für die Zinsspanne im unterschiedlichen Anpassungspotenzial auf der Aktiv- und Passivseite.

Trotz der verbesserten Wirtschaftslage bei den von uns betreuten kleinen und mittleren Unternehmen wird weitere Risikovorsorge erforderlich sein, für die wir einen höheren Betrag als in den Vorjahren eingeplant haben. Darüber hinaus kann aus den Verbundbeteiligungen weiterer Risikovorsorgebedarf entstehen.

Zusammengefasst erwarten wir für 2015 durch leicht zurückgehende Bestände im Kundenkredit- und Einlagengeschäft eine Fortsetzung der Konsolidierung von Bilanzsumme und Geschäftsvolumen.

Für die Ertragslage erwarten wir aufgrund eines moderat sinkenden Zins- und Provisionsüberschusses sowie eines merklich steigenden Personalaufwands erneut ein Betriebsergebnis vor Bewertung spürbar unter dem Vorjahreswert. Dieses liegt aber immer noch auf einem - im Vergleich mit anderen Sparkassen – befriedigenden, überdurchschnittlichen Niveau.

Für die Risiken - insbesondere im Kreditgeschäft - treffen wir vorsichtshalber eine höhere Vorsorge als im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Mit dem Festhalten an unserer geschäftspolitischen Strategie,

- der Konzentration auf das Geschäftsgebiet Langenfeld,
- der konsequenten Kundenorientierung,
- der Fortführung des bewährten Geschäftsmodells und der damit verbundenen Selbständigkeit,

werden wir unseren Auftrag zum Wohle unserer Stadt, ihrer Bürgerinnen und Bürger und der heimischen Wirtschaft auch weiterhin voll erfüllen.

Langenfeld, den 30. März 2015

Der Vorstand

Dirk Abel

Stefan Noack

# **Jahresabschluss**

zum 31. Dezember 2014

der Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.)

Land Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk Düsseldorf



Der vollständige, der gesetzlichen Form entsprechende und mit dem Bestätigungsvermerk der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes versehene Jahresabschluss wird im Bundesanzeiger veröffentlicht und im Handelsregister beim Amtsgericht Düsseldorf hinterlegt.

**Aktivseite**
**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014**

	Euro	Euro	Euro	31.12.2013 Tsd. EUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		<u>7.559.369,72</u>		<u>8.198</u>
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>6.471.397,21</u>		<u>7.615</u>
			14.030.766,93	15.813
<b>2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			-,-	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		<u>19.182.718,37</u>		<u>1.656</u>
b) andere Forderungen		<u>2.992.387,06</u>		<u>2.955</u>
			22.175.105,43	4.611
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			<u>1.045.487.798,74</u>	<u>1.067.751</u>
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>608.010.647,78</u> Euro			<u>(631.221)</u>
Kommunalkredite	<u>22.054.950,98</u> Euro			<u>(27.865)</u>
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
			-,-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>30.844.938,63</u>		<u>36.039</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>19.718.453,97</u> Euro			<u>(24.967)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>122.562.631,90</u>		<u>143.977</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>120.384.500,95</u> Euro		<u>153.407.570,53</u>	<u>180.016</u>
				<u>(140.790)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
Nennbetrag	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
			153.407.570,53	180.016
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			<u>66.138.855,88</u>	<u>60.000</u>
<b>6a. Handelsbestand</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>7. Beteiligungen</b>			<u>19.251.446,07</u>	<u>17.211</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
<b>9. Treuhandvermögen</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>-,-</u> Euro			<u>( -)</u>
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>49.698,00</u>		<u>54</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>-,-</u>		<u>-</u>
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			49.698,00	54
<b>12. Sachanlagen</b>			<u>12.743.819,00</u>	<u>13.346</u>
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			<u>3.394.344,32</u>	<u>567</u>
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<u>914.057,69</u>	<u>1.224</u>
<b>15. Aktive latente Steuern</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>Summe der Aktiva</b>			1.337.593.462,59	1.360.593

## Passivseite

31.12.2013

Tsd. EUR

	Euro	Euro	Euro	
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		<u>1.267.870,32</u>		28.218
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>314.156.387,03</u>		<u>330.869</u>
			<u>315.424.257,35</u>	<u>359.087</u>
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>240.579.741,60</u>			215.247
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>96.910.891,37</u>			<u>117.039</u>
		<u>337.490.632,97</u>		<u>332.286</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>312.389.605,67</u>			276.158
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>215.634.975,67</u>			<u>243.672</u>
		<u>528.024.581,34</u>	<u>865.515.214,31</u>	<u>519.831</u>
				<u>852.116</u>
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		<u>848.554,45</u>		1.407
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			( - )
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			( - )
			<u>848.554,45</u>	<u>1.407</u>
<b>3a. Handelsbestand</b>			-,-	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			-,-	-
darunter:				
Treuhandkredite	-,- Euro			( - )
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			<u>1.278.732,34</u>	1.201
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<u>1.098.718,26</u>	1.149
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			-,-	-
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		<u>8.885.113,00</u>		8.319
b) Steuerrückstellungen		<u>913.700,00</u>		20
c) andere Rückstellungen		<u>4.407.762,67</u>		<u>4.439</u>
			<u>14.206.575,67</u>	<u>12.778</u>
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			-,-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			<u>13.019.716,76</u>	13.627
<b>10. Genussschaftskapital</b>			-,-	-
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			( - )
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<u>46.726.205,60</u>	43.080
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			( - )
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>76.147.334,57</u>			72.624
cb) andere Rücklagen	-,-			-
		<u>76.147.334,57</u>		<u>72.624</u>
d) Bilanzgewinn		<u>3.328.153,28</u>	<u>79.475.487,85</u>	<u>3.523</u>
				<u>76.147</u>

### Summe der Passiva

1.337.593.462,59

1.360.593

### 1. Eventualverbindlichkeiten

a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>36.285.808,95</u>		<u>38.759</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
			<u>36.285.808,95</u>	<u>38.759</u>

### 2. Andere Verpflichtungen

a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>82.687.768,79</u>		<u>80.264</u>
			<u>82.687.768,79</u>	<u>80.264</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2013 Tsd. EUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>42.850.742,34</u>			<u>47.133</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>13.565,36</u> Euro			<u>( - )</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>3.675.680,09</u>			<u>4.209</u>
		<u>46.526.422,43</u>		<u>51.342</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		<u>22.606.303,22</u>		<u>24.015</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>815.611,72</u> Euro			<u>(733)</u>
			<u>23.920.119,21</u>	<u>27.327</u>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>2.068.109,00</u>		<u>2.217</u>
b) Beteiligungen		<u>326.910,75</u>		<u>293</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>2.395.019,75</u>	<u>2.510</u>
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>5. Provisionserträge</b>		<u>8.792.625,03</u>		<u>8.554</u>
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>245.224,20</u>		<u>227</u>
			<u>8.547.400,83</u>	<u>8.327</u>
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<u>515.232,06</u>	<u>461</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>42.015,73</u> Euro			<u>(31)</u>
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>35.377.771,85</u>	<u>38.624</u>
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>9.728.628,93</u>			<u>9.157</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.883.359,22</u>			<u>2.622</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>1.136.716,50</u> Euro		<u>12.611.988,15</u>	<u>11.779</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>6.102.533,31</u>		<u>5.543</u>
			<u>18.714.521,46</u>	<u>17.322</u>
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<u>904.268,50</u>	<u>1.045</u>
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<u>978.440,48</u>	<u>1.088</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>13.733,60</u> Euro			<u>(10)</u>
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		<u>4.063.052,17</u>		<u>6.930</u>
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>4.063.052,17</u>	<u>6.930</u>
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			<u>-,-</u>	<u>1.053</u>
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>1.053</u>
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			<u>21.874,07</u>	<u>18</u>
<b>18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<u>3.646.350,00</u>	<u>3.636</u>
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<u>7.049.265,17</u>	<u>7.532</u>
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>		<u>96.198,00</u>		<u>96</u>
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	<u>96.198,00</u> Euro			<u>(96)</u>
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>			<u>96.198,00</u>	<u>96</u>
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		<u>3.581.171,44</u>		<u>3.869</u>
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		<u>43.742,45</u>		<u>44</u>
			<u>3.624.913,89</u>	<u>3.913</u>
<b>25. Jahresüberschuss</b>			<u>3.328.153,28</u>	<u>3.523</u>
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.328.153,28</u>	<u>3.523</u>
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.328.153,28</u>	<u>3.523</u>
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>29. Bilanzgewinn</b>			<u>3.328.153,28</u>	<u>3.523</u>

## **Grundlagen der Rechnungslegung**

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

## **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

### **1. Allgemeine Angaben**

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2014 nicht verändert. Auch haben wir keine Veränderung der Zuordnung von Vermögensgegenständen zum Umlauf- oder Anlagevermögen vorgenommen.

### **2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten**

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Strukturierte Schuldscheindarlehen haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-) Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren oder vergleichbaren Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet.

Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir grundsätzlich als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Bei einem gekündigten Publikumsfonds, für den die Rücknahme von Anteilen durch die Fondsgesellschaft dauerhaft ausgeschlossen ist, haben wir den aktuellen Börsenkurs als beizulegenden (Zeit-)Wert angesetzt. Sofern darüber hinaus an eine Mindesthaltefrist gekoppelte Rücknahmeabschläge für Anteile an offenen Immobilienfonds vereinbart wurden, haben wir diese bei Investmentfonds der Liquiditätsreserve bei der Wertermittlung berücksichtigt.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve zugeordnet. Anleihen griechischer Emittenten haben wir nicht im Bestand.

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen werden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen und die immateriellen Anlagewerte, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit steuerlich zulässigen Sätzen ab.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 EUR werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 EUR bis 1.000 EUR wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

### **3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten**

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005g berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0 % und Rentensteigerungen von 2,0 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen



sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Von der Möglichkeit, Zuführungsbeträge aus dem Übergang auf das BilMoG über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu verteilen (Artikel 67 Abs. 1 EGHGB) haben wir Gebrauch gemacht. Im Jahr 2014 wurde in diesem Zusammenhang ein Betrag von 0,1 Mio. EUR zugeführt, der in dem GuV-Posten „außerordentliche Aufwendungen“ enthalten ist. Der in Folgejahren noch zuzuführende Betrag beläuft sich auf 1,0 Mio. EUR. Die sonstigen Rückstellungen entfallen im Wesentlichen auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit Altersteilzeitverträgen, einer Rückstellung für Aufwandungsersatzverpflichtungen gegenüber dem DSGVO ö. K. aus der Unterbeteiligung an der Erwerbsgesellschaft LBBH und aus banküblichen Geschäften im Zusammenhang mit Zinszahlungen für Sparverträge mit steigendem Zinssatz sowie Prämienzahlungen für Ratensparverträge. Sie wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages gebildet. Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Für Zwecke der Rückstellungsbildung haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

#### **4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)**

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

#### **5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten**

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs bzw. in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, noch Bestandteil des Handelsbestands sind, halten wir nicht.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bzw. als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (i. d. R. Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Bei einem einheitlich bilanzierten strukturierten Schuldscheindarlehen, das bedingt durch das eingebettete Derivat aus Sicht des Bilanzstichtages unverzinslich ist, besteht eine Abzinsung, um diesem Tatbestand Rechnung zu tragen. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

**6. Ausweis anteiliger Zinsen**

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

**7. Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EUR**

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um lfd. Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

**8. Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang**

Zinsaufwendungen für Guthaben bei der Zentralbank (sogenannte gezahlte Minuszinsen) werden bei den Zinsaufwendungen ausgewiesen.

**Erläuterungen zur Bilanz****Aktiva 3****Forderungen an Kreditinstitute**

EUR

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale	22.084.331,95
--	---------------

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	0,00
-------------------	------

- mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00
-------------------------------------	------

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.992.173,58
------------------------------------	--------------

- mehr als fünf Jahre	0,00
-----------------------	------

Bei einem strukturierten Schuldscheindarlehen in Höhe von nom. 3,0 Mio. EUR, welches bedingt durch eingebettete Derivate aus Sicht des Bilanzstichtages unverzinslich ist, besteht eine Abzinsung für die Restlaufzeit, um diesem Tatbestand Rechnung zu tragen.

**Aktiva 4****Forderungen an Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR	EUR i. VJ.
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.555.721,58	20.523.797,64
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		EUR
- bis drei Monate		46.335.031,62
- mehr als drei Monate bis ein Jahr		78.819.172,45
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		191.774.986,23
- mehr als fünf Jahre		630.713.876,50
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit		96.815.530,76

**Aktiva 5****Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR
- Beträge, die bis zum 31.12.2015 fällig werden	52.042.820,00
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:	
- börsennotiert	148.255.192,45
- nicht börsennotiert	5.152.378,08

**Aktiva 6****Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR
Investmentanteile von zwei Spezialfonds mit Buchwerten von	50.924.455,88

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert Mio. EUR	Marktwert Mio. EUR	Differenz Buchwert Marktwert	Aus- schüttung Mio. EUR 2014	Tägl. Rückgabe möglich	Unter- lassene Abschrei- bungen Mio. EUR
Mischfonds mit Schwerpunkt Renten International	25,2	25,6	0,4	0,6	ja	0,0
Mischfonds mit Schwerpunkt Renten International	25,7	27,6	1,9	0,8	ja	0,0

Alleinige Anteilsinhaberin ist die Sparkasse. Die Anteilscheine sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Ausschüttungen aus dem Investmentvermögen erfolgen grundsätzlich nach Ablauf der Fondsgeschäftsjahre, die nicht mit dem Kalenderjahr identisch sind.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

	EUR
- börsennotiert:	0,00
- nicht börsennotiert:	10.214.400,00

#### **Aktiva 7**

##### **Beteiligungen**

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

#### **Aktiva 12**

##### **Sachanlagen**

	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	10.605.448,37

## Entwicklung des Anlagevermögens

Sachanlagevermögen	Grundstücke und Gebäude EUR	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung EUR	Immaterielle Anlagewerte EUR
Anschaffungskosten	24.991.250,83	6.509.828,06	196.938,66
Zugänge	40.409,56	264.837,58	24.734,76
Abgänge	33.878,96	288.263,76	7.723,10
Umbuchungen	-,--	-,--	-,--
Abschreibungen und Wertberichtigungen insgesamt	13.932.471,43	4.807.892,88	164.252,32
Bilanzwert 31.12.2014	11.065.310,00	1.678.509,00	49.698,00
(Vorjahr)	(11.508.374,00)	(1.837.685,00)	(54.448,00)
Abschreibungen und Wertberichtigungen des Geschäftsjahres	465.403,16	411.192,58	27.672,76
(Vorjahr)	(591.728,00)	(425.830,11)	(27.490,00)

Finanzanlagevermögen	Beteiligungen EUR	Sonstige Vermögens- gegenstände EUR
Bilanzwert 31.12.2013	17.210.644,34	3.070,00
Veränderungen im Geschäftsjahr	2.040.801,73	-,--
Bilanzwert 31.12.2014	19.251.446,07	3.070,00

**Aktiva 13**  
**Sonstige Vermögensgegenstände**

In diesem Posten sind enthalten:

EUR

- zur Rettung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude

1.281.803,72

**Aktiva 14****Rechnungsabgrenzungsposten**

	EUR	EUR i. Vj.
In diesem Posten sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	650.916,63	846.859,59

**Aktiva 15****Aktive latente Steuern**

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % und einem Gewerbesteuersatz von 12,6 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Kundenforderungen und Rückstellungen. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne, halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

**Weitere Angaben**

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 435.206,45 EUR.

**Passiva 1****Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	137.429,32

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	43.666.747,30
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	44.378.942,49
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	137.189.608,36
- mehr als fünf Jahre	85.494.976,90

Für folgende Verbindlichkeiten sind Vermögenswerte als Sicherheit übertragen:

- Weiterleitungsmittel	78.310.788,90
------------------------	---------------

**Passiva 2****Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:	EUR	EUR i. Vj.
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	695.646,60	1.527.385,46

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	EUR
- bis drei Monate	19.155.754,50
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	51.140.177,20
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	26.214.372,77
- mehr als fünf Jahre	109.620,35

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate	60.071.643,26
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.516.950,15
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	69.789.429,03
- mehr als fünf Jahre	58.036.127,53

**Passiva 3****Verbriefte Verbindlichkeiten**

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2015 fällige Beträge enthalten:	EUR
	817.315,44

**Passiva 6****Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 480.736,33 EUR (i. Vj. 343.493,14 EUR) enthalten.

**Passiva 9****Nachrangige Verbindlichkeiten**

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag (EUR)	Zinssatz (%)	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
3.000.000,00	3,54	07.07.2015	Nein
2.500.000,00	3,62	14.07.2015	Nein
2.500.000,00	4,15	31.12.2015	Nein
3.000.000,00	4,60	16.01.2017	Nein

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,99% und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 11 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 8.558.875,71 EUR zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 528.398,42 EUR angefallen.

**Eventualverbindlichkeiten**

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

**Andere Verpflichtungen**

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

**Weitere Angaben**

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 569.917,01 EUR.



### Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. EUR als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2014 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,8618%). Zum 31.12.2014 beträgt unsere Beteiligungsquote 0,9116%. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten spätestens nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 3,9 Mio. EUR durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2014 0,6 Mio. EUR. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

### Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Langenfeld ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2014 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2015 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils

mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Zt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 25 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht. Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 9,4 Mio. EUR im Jahr 2014 0,7 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2014 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 13,4 Mio. EUR ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2013 der RZVK etwa 30 % (bei Ermittlung der Deckungsrückstellung nach den sich aus der Anlage 4 zum ATV-K ergebenden Vorgaben). Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2014 verwendet.

### Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	293.672,91 EUR
b) für andere Bestätigungsleistungen	34.828,50 EUR
c) für sonstige Leistungen	,- EUR
Gesamthonorar	328.501,41 EUR

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen sind auf der Internetseite der Sparkasse ([www.sparkasse-langenfeld.de](http://www.sparkasse-langenfeld.de)) unter der Rubrik „Ihre Sparkasse“ veröffentlicht.

### Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Über die Leistungszulage beschließt der Verwaltungsrat jährlich nach Fest-

stellung des Jahresabschlusses unter Beachtung des Unternehmenszwecks und des öffentlichen Auftrags (§ 2 SpkGNRW). Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2014			
	Grundgehalt und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) TEUR	Leistungszulage (erfolgsabhängig) TEUR	Sonstige Vergütung TEUR	Gesamt- vergütung TEUR
Abel, Dirk Vorsitzender	332,8	42,3	12,0	387,1
Noack, Stefan Mitglied	252,1	32,1	8,4	292,6

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG für jeden Kalendermonat mit einem Prozent des inländischen Listenpreises im Zeitpunkt der Erstzulassung zuzüglich der Kosten der Sonderausstattung einschl. der Umsatzsteuer (sog. 1 %-Methode) angesetzt.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Noack Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes. Der Anspruch beträgt bis zum 28.02.2015 25,0 %, vom 01.03.2015 bis zum 29.02.2020 40 % der festen Bezüge. Der Anspruch steigt danach im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an.

Im Falle einer Nichtverlängerung des Dienstvertrages hat Herr Abel Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes. Der Anspruch beträgt bis zum 31.07.2019 45,0 % der festen Bezüge. Der Anspruch steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5 %-Punkte auf max. 55 % an.

Hinsichtlich des Übergangsgeldes und der Versorgungsbezüge besteht folgende Regelung für Hinterbliebenenbezüge: Die Witwen erhalten 55 v. H., die Waisen 20 v. H. der ruhegeldfähigen Bezüge der Vorstandsmitglieder.

#### Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Vorstand	Im Jahr 2014 der Pensions- rückstellung zugeführt TEUR	Barwert der Pensions- ansprüche 31.12.2014 TEUR
Abel, Dirk Vorsitzender	216,4	1.343,7
Noack, Stefan Mitglied	139,2	750,8

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

**Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien**

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 150,00 EUR, ggf. zuzüglich MWSt, je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	EUR
Altenhofen, Christiane	450,00
Braschoss, Dieter	1.606,50
Brüne, Jürgen	900,00
Büttgenbach, Hans-Peter	300,00
Detlefs-Doege, Michaela	450,00
Hens, Carsten	150,00
Hockelmann, Thomas	300,00
Jaegeler, Kurt	300,00
Jansen, Hans-Georg	150,00
Konrad, Helmut	900,00
Lützenkirchen, Heike	150,00
Mark, Wolfgang	1.500,00
Mewes, Rolf	150,00
Meybom, Andrea	600,00
Noack, Frank	600,00
Reuker, Uwe	900,00
Schneider, Frank	3.300,00
Steinfels, Sascha	450,00
Strohn, Ilka	300,00
Witzleb, Lothar	600,00
Wolter, Daniel	300,00
Zwank-Mielke, Barbara	892,50
Insgesamt	15.249,00

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 520.114,35 EUR gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 5.765.686,00 EUR und noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach dem BilMoG in Höhe von 683.301,00 EUR, die gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünfzehntel angesammelt werden.

An Krediten (einschließlich Haftungsverhältnissen) wurden den Mitgliedern des Vorstands insgesamt 415.663,97 EUR gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnissen) in Höhe von insgesamt 1.009.562,46 EUR ausgereicht.

**Verwaltungsrat (bis 30.09.2014)**

Frank Schneider, Bürgermeister

Jürgen Brüne, Kriminalbeamter

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

**Vorsitzender**

1. stellvertretender Vorsitzender

2. stellvertretender Vorsitzender

**Mitglieder**

Dieter Braschoss, selbst. Steuerfachgehilfe

Jürgen Brüne, Kriminalbeamter

Michaela Detlefs-Doege, angest. Dipl.-Biologin

Helmut Konrad, Oberstudienrat

Wolfgang Mark, angest. Dipl.-Verwaltungswirt

Andrea Meybom, kaufm. Angestellte

Frank Noack, angest. Dipl.-Kaufmann

Uwe Reuker, angest. Lektor

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

Barbara Zwank-Mielke, selbst. Buchhalterin

Christiane Altenhofen, Sparkassenbetriebswirtin

Ilka Strohn, Sparkassenbetriebswirtin

**Stellvertreter**

Tim Koesling, Steuerfachangestellter

Günter Zons, selbst. Gärtner

Hiltrud Markett, selbst. Buchhändlerin

Norbert Willems, selbst. gesetzl. Betreuer

Ralf Erf, angest. Systemspezialist

Daniel Rohrbeck, angest. Dipl.-Chemiker

Hans-Peter Büttgenbach, selbst. Dipl.-Ök.

Rolf Mewes, Dipl.-Ingenieur, Rentner

Lothar Witzleb, Rentner

Hans-Georg Jansen, Rentner

Regina Mehring, Sparkassenbetriebswirtin

Carsten Hens, Sparkassenbetriebswirt

**Verwaltungsrat (ab 01.10.2014)**

Frank Schneider, Bürgermeister

Jürgen Brüne, Kriminalbeamter

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

**Vorsitzender**

1. stellvertretender Vorsitzender

2. stellvertretender Vorsitzender

**Mitglieder**

Dieter Braschoss, selbst. Steuerfachgehilfe

Jürgen Brüne, Kriminalbeamter

Kurt Jaegeler, Rentner

Helmut Konrad, Oberstudienrat

Wolfgang Mark, angest. Dipl.-Verwaltungswirt

Andrea Meybom, kaufm. Angestellte

Frank Noack, angest. Dipl.-Kaufmann

Uwe Reuker, angest. Lektor

Sascha Steinfels, angest. Fachwirt Bahnbetrieb

Barbara Zwank-Mielke, selbst. Buchhalterin

Thomas Hockelmann, Sparkassenangestellter

Daniel Wolter, Sparkassenangestellter

**Stellvertreter**

Tim Koesling, Steuerfachangestellter

Dr. Barbara Aßmann, angest. Dipl.-Chem.

Heike Lützenkirchen, Pflegedienstleiterin

Norbert Willems, selbst. gesetzl. Betreuer

Ralf Erf, angest. Systemspezialist

Hans-Georg Jansen, Rentner

Hans-Peter Büttgenbach, selbst. Dipl.-Ök.

Rolf Mewes, Dipl.-Ingenieur, Rentner

Lothar Witzleb, Rentner

Hiltrud Markett, selbst. Buchhändlerin

Andreas Schulten, Sparkassenangestellter

Detlef Steiner, Sparkassenangestellter

**Vorstand**

Dirk Abel, Vorsitzender

Stefan Noack, Mitglied

**Mitarbeiter/-innen**

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	136
Teilzeit- und Ultimokräfte	<u>74</u>
	210
Auszubildende	<u>15</u>
Insgesamt:	<u>225</u>

Langenfeld, den 27. März 2015

Der Vorstand

Dirk Abel

Stefan Noack

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Langenfeld (Rhld.) für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Mai 2015

**Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes**

Vietze

Sager

Wirtschaftsprüfer

Verbandsprüfer



## **Bericht des Verwaltungsrates**

Der Verwaltungsrat nahm während des Berichtsjahres die ihm nach Sparkassenrecht obliegenden Aufgaben wahr. Er wurde in den Sitzungen vom Vorstand umfassend und zeitnah über die geschäftliche Entwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und alle wesentlichen Angelegenheiten der Sparkasse unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes hat den Jahresabschluss 2014 und den vom Vorstand vorgelegten Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Sie testiert damit, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Sparkasse gibt und die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Der Bilanzprüfungsausschuss hat über Detailfragen zur Geschäfts-, Risiko- und Vermögenslage am 25. Juni 2015 beraten und dem Verwaltungsrat empfohlen, die nach Sparkassengesetz NW notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Gemäß § 15 (2) d) SpkG NW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2014 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2014 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.328.153,28 EUR erfolgt nach § 25 SpkG NW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 (4) Satz 2 SpkG NW der Vertretung des Trägers im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie im Hinblick auf die Erfüllung des öffentlichen Auftrages der Sparkasse vor, den Jahresüberschuss in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse für die im Jahre 2014 geleistete erfolgreiche Arbeit.

Langenfeld, den 25. Juni 2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Schneider  
Bürgermeister